



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

⇒ noch nicht genehmigt

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2025/4

Datum/Zeit	Donnerstag, 4. September 2025, 18:00 - 21:40 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Feller Daniela (FDP)	1
Mitglieder	Balmer Kathrin (SP) Buri Peter (SP) Stettler Ruess Peter (SP) Dressler Yasmin (SP) Falk Marcel (SP) Kistler Kerstin (SP) Mordasini Mattia (SP) Nova Colette (SP) Renner Jörg (SP) Schneider Maja (SP) Stalder Sarah (SP)	11
	Andres Angelo (SVP) Brunner Franziska (SVP) Friedli Hans Peter (SVP) Gränicher Adrian (SVP) Herren Marisa (SVP) Rutsch Adrian (SVP) Steiner Ulrich (SVP) Zaugg Gerhard (SVP)	
	Alberucci Luca (glp) Raass Leena (glp) Schmid Alexander (glp) Tamàs Oliver (glp) Wahli Alexander (glp)	bis 21:00 Uhr
	Züllig von Allmen Dorothea (glp) Lanz Lukas (FDP) Leiser Christoph (FDP)	ab 19:00 Uhr
	Baumgartner Gerhard (EVP) Gimmel Benjamin (EVP) Zürcher Myriam (EVP)	
	Filep Béla (Mitte) Löhrer-Marti Sandra (Mitte) Mitter Michael (Mitte)	3
	Ernst Kathrin (Grüne) Tanner Adrian (Grüne)	
	Ananiadis Jorgo (Piraten)	1
	Total anwesend	37

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP), Selmani Emsale (SP) und Wipfli Hans (SVP)
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Brechbühl Kerstin (Mitte), Truog Markus (SVP) Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Unentschuldigt	Mitglied GGR: Burr Furrer Christian (Grüne)

TRAKTANDEN

47. Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 26. Juni 2025; Genehmigung 124
48. Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl 125
49. Legislaturziele 2025-2028; Kenntnisnahme 126
50. Budget 2026 und Investitionsplanung; Genehmigung (1. Lesung) 129
51. Finanz- und Investitionsplan 2026 - 2030; Genehmigung (1. Lesung) 147
52. Wasserbauplan Worble; Projekt «Renaturierung und Hochwasserschutz Worble»; Genehmigung Gesamtkredit 150
53. Abwasserentsorgung; Kilchgrundstrasse; Neubau Mischabwasserleitung (Vermischung); Genehmigung Investitionskredit 153
54. Abwasserentsorgung; Kilchgrundstrasse/Parkstrasse; Neubau Mischabwasserleitung (Vermischung); Sistierung und Kreditabrechnung 154
55. Leitungserneuerungen Wasser, Abwasser und Strassenentwässerung; Gerberstrasse (Abschnitt Oberdorfstrasse - Obere Zollgasse); Kreditabrechnungen 155

56.	Genereller Entwässerungsplan (GEP); Überarbeitung; Kreditabrechnungen	156
57.	Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität; Erheblicherklärung/Ablehnung.....	157
58.	Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Bezug von Sozialhilfegeldern nach Einbürgerung? Wie nachhaltig ist unser System?; schriftliche Beantwortung.....	162
59.	Interpellation Luca Alberucci (glp) betreffend die Hauptgründe und -Treiber für die bisherige Entwicklung der Finanzlage von Ostermundigen; schriftliche Beantwortung.....	163
60.	Orientierungen des Gemeinderates	164
a)	Fussballcampus Region Bern; Orientierung aktueller Stand	164
b)	Interpellation SP-Fraktion betreffend Finanzierung und langjähriger Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern; schriftliche Beantwortung; Fristverlängerung bis 4. Dezember 2025 durch Büro GGR	165
61.	Dringliche, überparteiliche Motion betreffend Massnahmen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen; parlamentarischer Neueingang inkl. Erheblicherklärung	167
62.	Überparteiliche Motion betreffend das Reglement über die Mehrwertabgaben; parlamentarischer Neueingang.....	170
63.	Motion glp-Fraktion betreffend «Aufnahme einer Personalplanung im Budgetprozess»; parlamentarischer Neueingang	172
64.	Motion Jorgo Ananiadis (Piraten) betreffend effiziente Budgetlesungen; parlamentarischer Neueingang.....	173
c)	Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates	174

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2025. Ich heisse besonders die Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind 36 Ratsmitglieder anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

- ① Da der Stimmenzähler Markus Truog (SVP) heute Abend abwesend ist, hat das Parlament einen Ersatzstimmenzähler zu wählen.

Abstimmung

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion wird Angelo Andres einstimmig als «Ersatzstimmenzähler» für die heutige Sitzung gewählt.

1. Auf den Tischen liegt auf:
 - GGR und GPK; die provisorischen Sitzungsdaten 2026
2. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nimmt der Finanzverwalter, Thomas Lauener, zu den Traktanden Nr. 50 und 51 an der heutigen Sitzung teil
3. Die nächste GGR-Sitzung findet am **23. Oktober 2025** statt.

Traktandenliste

Das Traktandum Nr. 60 «Orientierungen des Gemeinderates» beinhaltet:

- a. Fussballcampus Region Bern; Orientierung aktueller Stand
 - Sprecher: Thomas Iten
- b. Interpellation SP-Fraktion betreffend Finanzierung und langjähriger Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern; schriftliche Beantwortung; Fristverlängerung bis 4. Dezember 2025 durch Büro GGR
 - Sprecher: Thomas Iten

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Axioma #988
100.3.10.03 Protokollgenehmigung

47. Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 26. Juni 2025; Genehmigung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 3 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen dazu vor?

Ich möchte noch auf eine Anpassung zu meinem Votum auf Seite 62 aufmerksam machen:

Auf einmal wurde mir klar, dass sind die sieben Bundesräte. Der Gesamtbundlesrat hat heute Morgen vom Bahnhof Ostermundigen aus seine Bundesratsreise angetreten.

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 26. Juni 2025 wird genehmigt.

Axioma #2454

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

48. Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) für den zurückgetretenen Gerhard Baumgartner wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

49. Legislaturziele 2025-2028; Kenntnisnahme

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Iten Thomas, Gemeindepräsident: Ich möchte noch ein paar Anmerkungen zu den Legislaturzielen abgeben:

- Bei der Erarbeitung hat der Gemeinderat sein Hauptaugenmerk auf die Selbständigkeit "in house" gelegt. Wir haben bewusst keine Hochglanzbroschüre erstellt. Die Auswertung der Legislaturziele 2020 bis 2024 ist berücksichtigt worden. Im letzten Jahr wurde auf der Stufe "Verwaltung" sowie auch "Gemeinderat" eine sogenannte SWOT-Analyse¹ durchgeführt. Außerdem hat der Gemeinderat bewusst auf einen Einleitungstext verzichtet.
- Die Ziele wurden nicht mehr nach den Abteilungen strukturiert. Den neuen Legislaturzielen wurde ein neuer Rahmen mit Schwerpunkten erstellt. Damit sollen die gemeinschaftlichen Themen auch zusammen erarbeitet werden.
- Uns liegt ein sehr ambitioniertes Programm vor. Dieses ist für den Gemeinderat sehr herausfordernd. Die Rahmenbedingungen "Ressourcen" und "Bewilligungsprozesse" (z. B. Tramprojekt) sollen selbstständig bearbeitet werden können.
- Die Spannungsfelder "strategisch" resp. "operativ" müssen fast täglich neu ausgelotet werden.

Fazit: Uns liegt ein grosses Dokument mit inhaltlich anspruchsvollen Aufgaben vor.

Gerhard Baumgartner (EVP): *Wer nicht weiss wohin er will, braucht sich nicht zu wundern, wenn er ganz woanders ankommt.* (Zitat von Seneca)

Der Gemeinderat legt uns wieder die Legislaturziele für 2025 - 2028 vor. Es handelt sich um Richtziele, im Sinne von Absichten, die während der festgelegten Legislatur realisiert werden sollten. Das heisst noch nicht, dass sie umgesetzt werden.

1. Nun zu Ziffer 2.2 Personalressourcen

Ostermundigen ist bereits ein attraktiver Arbeitgeber. Jährlich verzeichnen wir einen Personalzuwachs was sich massiv in den Personalkosten niederschlägt.

Irgendwie lassen sich Neuanstellungen immer wieder mit gezielten Argumenten begründen. Der Gemeinderat verliert kein Wort darüber, wie er gedenkt, einer weiteren Personalzunahme entgegenzutreten. So wie es in den vergangenen Jahren erfolgte, kann es nicht weitergehen. Wir haben die finanziellen Mittel längst nicht mehr und konkrete Sparmassnahmen sind zwingend notwendig.

¹ Wikipedia: Die SWOT-Analyse (engl. Akronym für Strengths (Stärken), Weaknesses (Schwächen), Opportunities (Chancen) und Threats (Risiken)) ist ein Instrument der strategischen Planung.

Sie dient der Positionsbestimmung und der Strategieentwicklung von Unternehmen und anderen Organisationen sowie in der Personal- und Führungskräfteentwicklung.

2. Und nun zu Ziffer 7.2 Unorte und Littering bekämpfen

Unorte und Littering werden mit konkreten Massnahmen angegangen.

Konkrete Massnahmen können nicht nur darin bestehen, Kehrichtsäcke aufzuschlitzen, um die Verursachenden zu identifizieren. Dasselbe gilt für Plakate und Informationshinweise. Ostermundigen hat mit dem Littering ein echtes Problem, das nicht gelöst ist.

Beispiel: Begeben sie sich mal durch die Gerbestrasse. Haufenweise Unrat liegt umeinander und in den vergangenen heissen Tagen stank es erbärmlich. Bei Interesse kann ich meine Aussage mit mehreren Fotos dokumentieren. In den Legislaturzielen muss erwähnt werden:

- Die Hauseigentümer von Mehrfamilienhäusern müssen verpflichtet werden, Container aufzustellen und das nicht erst in vier Jahren.

Die EVP-Fraktion wird bei der Umsetzung der Legislaturziele genau hinschauen und erwartet die entsprechenden Massnahmen.

Sarah Stalder (SP): Wir von der SP/Grüne-Fraktion danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der Legislaturziele und der Möglichkeit, diese heute besprechen zu können.

Ostermundigen hat als Wohnort für Familien in den letzten Jahren an Attraktivität gewonnen. Familien schauen bei der Wahl des neuen Wohnortes neben bezahlbarem Wohnraum auch auf gute Schulen, auf eine vorhandene Tagesstruktur und auf gute Infrastrukturen. Unter diesem Aspekt sind uns drei Ziele besonders aufgefallen.

Das erste Ziel = 4.2 Schulraumplanung

Schon heute ist es in den Ostermundiger Schul- und Tagsschulhäuser eng. Mit dem Bau von neuen Quartieren werden noch mehr Kinder dazukommen. Der "Lehrplan 21" und das neu eingeführte "Modell Twann" stellen zudem neue Anforderungen an die Infrastruktur. Das individuelle Lernen erfordert auch mehr individuellen Lernraum. Auch längere Hitzeperioden müssen bei der Schulraumplanung berücksichtigt werden. 23 Kinder und eine Lehrperson, welche bei 30 Grad Celsius sechs Stunden in einem Klassenzimmer sind; das widerspricht jedem Gesundheitstipp des BAG. Für unsere Kinder war es aber vor und nach den Sommerferien der Alltag. Es kommen grosse Herausforderungen auf die Schulraumplanung zu.

Das zweite Ziel = 4.4 Sport- und Kulturinfrastruktur

Die neue Turnhalle an der Forelstrasse, der YB-Campus und das Kindlerhaus - das alles sind wichtige Punkte für das Sport- und Kulturangebot in Ostermundigen. Wir möchten hier daran erinnern, dass es neben dem Fussball noch viele andere Sportarten gibt. Im Vereinsverzeichnis der Gemeinde Ostermundigen befinden sich 82 Vereine. Damit diese ihr Angebot bereitstellen können, sind viele von ihnen auf günstige Infrastrukturen angewiesen. Hier bieten die neuen Projekte eine Chance, welche allen zugutekommen sollte.

Und das dritte Ziel = 4.5 Klimawandel bei öffentlicher Infrastruktur

Ich habe bereits erwähnt, dass der Klimawandel besonders bei den Schulhäusern ein wichtiges Thema ist. Aber auch an anderen Orten ist der Klimawandel ein wichtiges Thema. So ist es für die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohnern von schlecht isolierten Wohnun-

gen mit wenig Aussenraum besonders wichtig, dass sie ausweichen und sich irgendwo abkühlen können. Es müssen unterschwellig nutzbare Aussenräume mit Schatten und Aufenthaltsmöglichkeiten in kühlen Innenräumen geschaffen werden.

Wir schätzen es sehr, dass die drei Themen in den Legislaturzielen vertreten sind und schauen gespannt auf deren Umsetzung.

Christoph Leiser (FDP): *Legislaturziele sind strategische Pläne, die Regierungen und Verwaltungen für eine feste Amts dauer, die Legislaturperiode, festlegen, um politische Schwerpunkte und konkrete Vorhaben zu definieren. Sie dienen dazu, eine klare Ausrichtung für die zukünftige Arbeit zu geben, die Erreichung politischer Ziele zu ermöglichen und die Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber Parlament und Bevölkerung zu gewährleisten.*

Wir nehmen diese zur Kenntnis - was denn sonst!

Aber wir möchten bemerken:

- gut, wurden die Kosten (offenbar im Unterschied zu früheren Kreationen) im Zaum gehalten (kein Hochglanz, in-house Erstellung, etc.); trotzdem wurden (Arbeits)Zeit und Mittel gebunden (Gemeinderat und Abteilungsleitende, Klausuren), bitte künftig auf Sparflamme laufen lassen, wirklich nützen tun die Legislaturziele nämlich wenig;
- dass in keinem Wort konkret und ausdrücklich das «im Auge behalten» der Gemeindefinanzen, deren Ziel zur Gesundung, haushälterischem Umgang oder Ähnliches steht, macht uns sprach- und mich kommentarlos - Hauptsache die Finanzierung des Verwaltungszentrums ist in trockenen Tüchern ...

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 34 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Von den «Legislaturzielen 2025 bis 2028» wird Kenntnis genommen.

50. Budget 2026 und Investitionsplanung; Genehmigung (1. Lesung)

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

1. Zuerst werden wir über die GGR-Botschaft und anschliessend kann über das Budget debattiert werden. Während der Diskussion können Anträge zuhanden der zweiten Budgetlesung gestellt werden - diese findet am 20. November 2025 statt. Die Anträge sind auf den Visualizer zu legen.
2. Zuerst werden wir über die Anträge zuhanden der zweiten Lesung abstimmen. Wenn diese alle abgelehnt werden, kann ich über die Annahme des Budgets abstimmen lassen.
3. Werden Anträge zuhanden der zweiten Lesung angenommen, findet logischerweise eine zweite Budgetlesung statt. Je nach Sitzungsverlauf werden wir ein "Time Out" einlegen.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Beim vorliegenden Traktandum geht es um das Budget für das Kalenderjahr 2026.

Bei der Erstellung haben die Abteilungen, die Kommissionen, verschiedene Delegierte aus der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission und der Gemeinderat an vielen und intensiven Sitzungen mitgearbeitet. Das nun vorliegende Budget entspricht nach unserer Einschätzung einem realistischen Bild der Zukunft. Wir haben zusätzlich zu den gesetzlich vorgegebenen und zwingenden Ausgaben auch die beschlossenen nicht zwingenden, also freiwilligen, Ausgaben berücksichtigt. Wir erachten dies als korrekt, basieren diese doch grossmehrheitlich auf Entscheiden des Grossen Gemeinderates oder des Gemeinderates.

Besonders herausstreichen will ich, dass der budgetierte Ausgabenüberschuss von rund 1,5 Mio. CHF im "allgemeinen Haushalt" im Wesentlichen auf gestiegene gesetzlich vorgegebene und zwingende Ausgaben zurückzuführen ist. Primär sind damit die erwarteten Transferzahlungen gemeint. Wichtig ist dabei anzumerken, dass wir rund 6 Mio. CHF Reserven haben, um Ausgabenüberschüsse auszugleichen. Dazu sind Reserven da.

Unsere Verwaltung war in der Vergangenheit schlank aufgestellt und das ist auch heute noch so. Relevante Kosteneinsparungen sind nach unserer Einschätzung nur mit einem entsprechenden Leistungsabbau umsetzbar. Konkret: Bei einem Abbau von klar zu definierenden freiwilligen Leistungen würden konsequenterweise auch die entsprechenden Kosten (insbesondere die Lohnkosten) sinken.

Sicherlich zielführend wäre, ab sofort keine zusätzlichen freiwilligen Ausgaben zu genehmigen oder mindestens neue Geschäfte mit bereits genehmigten Geschäften zu kompensieren, also auf die Umsetzung von alten Geschäften zu verzichten. Ein solches Vorgehen wäre effizient, effektiv und finanziell nachhaltig.

Die Steuereinnahmen nehmen pro Jahr um rund 1,5 Mio. CHF zu. Das Ziel eines ausgeglichenen Budgets kann also erreicht werden, indem wir das Ausgabenwachstum drosseln. Anders

gesagt: Die Ausgaben sollen weniger stark steigen als die Einnahmen. Mit Willen und konsequenter Handeln ist dies erreichbar.

Ich freue mich jetzt auf die Debatte. Zur Beantwortung von Detailfragen sind neben den zuständigen Mitgliedern des Gemeinderates ebenfalls die Abteilungsleitenden anwesend.

Gerhard Baumgartner (EVP): Alle Jahre wieder und auch für 2026 wird uns ein defizitäres Budget vorgelegt. Wir nehmen das als Grosser Gemeinderat zur Kenntnis und nehmen das schicksalhaft entgegen.

→ Muss das weiterhin so sein? Wir denken NEIN!

Der Gemeinderat erklärt in der Botschaft, dass weitere Sparmassnahmen nur mit einem Abbau von "freiwilligen Aufgaben" (die Kosten ja praktisch nichts) und Leistungskürzungen erzielt werden. Das heisst, in Anbetracht der mangelnden Finanzen bereit zu sein, zu verzichten.

Wir von der EVP-Fraktion vermissen vom Gemeinderat konkrete Vorschläge und können uns mit dieser rudimentären Aussage nicht abfinden. Da ja eine zweite Budgetsitzung geplant ist, erwarten wir bis dann konkrete Vorschläge (resp. Fakts). Nur so können wir als Parlament Einfluss nehmen.

Der Bruttoverschuldungsanteil steigt wie der Wasserstand in den Gewässern in den vergangenen Tagen. Auch wir als Grosser Gemeinderat sind mitschuldig und tragen Verantwortung gegenüber dem Souverän.

Die EVP-Fraktion dankt dem Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso und dem Finanzverwalter Thomas Lauener für die informative und sachliche Vorinformation.

Peter Buri (SP): Im Namen unserer SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion möchte ich mich heute an euch wenden.

Zunächst gilt unser Dank dem Gemeinderat, den beteiligten Abteilungen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erarbeitung dieses Budgets mitgewirkt haben. Besonders anerkennenswert ist, dass die Budgets in den letzten zwei bis drei Jahren zunehmend realistischer geworden sind und unnötige Puffer systematisch abgebaut wurden. Das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz und Verantwortung - dafür unser herzlicher Dank!

ⓘ Grosse Investitionen für Ostermundigen

Der Kanton Bern setzt auf Wachstum - und Ostermundigen zieht mit. In den kommenden Jahren stehen wichtige Investitionen an, die unsere Gemeinde modernisieren und lebenswerter machen. Es sind keine reinen Ausgaben, sondern wichtige Weichenstellungen für eine starke Zukunft.

Wie zum Beispiel:

- Schulhaus Rothus
- Neubau Sporthalle Forelstrasse
- usw.

① Grosse Kredite - aktuell notwendig und tragbar

Die geplanten Projekte sind richtig, aber erfordern Kredite. Unsere finanziellen Spielräume sind eng - Eigenkapital und Reserven reichen nicht aus. Aber diese Investitionen sind keine Luxusausgaben, sondern Weichenstellungen für eine lebenswerte, zukunftsfähige Gemeinde. Jedes Geschäft wird sorgfältig geprüft, um die Belastung für die Steuerzahlenden gering zu halten.

Kurzfristig eine Herausforderung, aber auch eine grosse Chance: Mit diesen Investitionen legen wir den Grundstein für ein starkes Ostermundigen - heute und für die kommenden 20 bis 30 Jahre.

① Unsere klare Unterstützung für dieses Budget

Ja, es belastet uns, die Gemeinde - und nein, wir freuen uns nicht über neue Schulden. Aber: Dieses Budget ist notwendig, um Ostermundigen voranzubringen. Die Investitionen sind dringend, gut geplant und kommen allen zugute. Deshalb stehen wir voll dahinter - und setzen uns für seine Annahme ein.

Denn Stillstand ist keine Option. Packen wir es an - für ein starkes Ostermundigen heute und morgen!

① Kein Sparpotenzial - aber Chancen auf der Einnahmeseite

Die "Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) 2018" und der Gemeinderat bestätigen es in der aktuellen Botschaft unter Punkt 1:

«Das Budget 2026 wurde von der Verwaltung erarbeitet und von den zuständigen Kommissionen und vom Gemeinderat geprüft und genehmigt. Das Budget ist realistisch, die Verwaltungsabteilungen haben sparsam budgetiert. Weitere Sparmassnahmen können nur mit einem Abbau von freiwilligen Aufgaben und Leistungskürzungen erzielt werden.»

Für uns ist ein Abbau des "Service Public" keine Option.

Doch es gibt einen Weg: Statt zu kürzen, müssen wir die Einnahmen stärken. Hier liegen ungenutzte Chancen - wenn wir den Turn-Over schaffen wollen:

1. Die Solarstrategie konsequent umsetzen um
 - a. den zugekauften Stromanteil zu reduzieren (Aufwandminderung) und
 - b. die Überproduktion zu verkaufen und zukünftig zu speichern (Ertragssteigerung)
2. Die Liegenschaftssteuer erhöhen
3. Die Grundstückgewinnsteuern erhöhen
4. Die Preise für Gemeindedienstleistungen überprüfen und gegebenenfalls anpassen
5. Die Einkommenssteuern bzw. die Gemeindesteuer erhöhen um einen halben Steuerzehntel

① Einstimmige Empfehlung der Finanzkommission - folgen Sie dem Beispiel

Die Finanzkommission hat einstimmig zugestimmt - aus gutem Grund. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich empfehle euch, es gleichzutun.

Als Mitglied der Finanzkommission kann ich bestätigen: Dieses Budget ist solide, logisch und konform. Die Arbeit der Abteilungen wurde von allen Delegierten gelobt - hier wurde verantwortungsvoll geplant, nicht nur gerechnet.

Meine klare Bitte: Stimmen Sie zu - für ein handlungsfähiges Ostermundigen!

Und noch zwei Punkte:

1. Wenn es eine zweite Lesung gibt, kostet das viel Geld, es bedeutet noch einmal auf Feld 1, noch mehr Stunden- und Ressourcenverschwendungen der Verwaltung für nichts zukunftsgerichtetes.
2. Auch eine weitere Aufgaben- und Leistungsüberprüfung würde zu keinem besseren Resultat führen, die letzte verursachte hohe externe Kosten von CHF 75'000.-- und intern für 100te Stunden zusätzlicher Arbeit.

Sandra Löhrer-Marti (Mitte): Die Mitte-Fraktion ist mit dem vorliegenden Budget nicht sehr glücklich. Es ist ein kleines "Déjà-vue" wie alle Jahre wieder.

Der Gemeinderat Gerardo Grasso und Thomas Lauener als Abteilungsleiter konnten in der Infoveranstaltung die vorliegenden Zahlen sinnvoll begründen. Dennoch ist es wichtig, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben sich nicht weiter öffnet. Das Ziel muss sein, die Steigerung der Ausgaben - bei ähnlich steigenden Einnahmen - unbedingt zu Bremsen, um das Defizit zu verringern.

① Noch ein Wort zu den "Spezialfinanzierungen"

Das «gewollte» Defizit im Bereich der Spezialfinanzierung dient dem Abbau von angehäuften Reserven. Der Gemeinderat konnte uns darlegen, dass im Bereich Wasser und Abwasser vorläufig keine Gegenmassnahmen eingeleitet werden müssen. Die angehäuften Reserven sind noch längerfristig vorhanden. Wie sieht die Situation im Bereich der Abfallentsorgung aus? Wie lange können wir noch mit einem Defizit planen bzw. wie lange werden die Reserven noch ausreichen? Es gilt zu Bedenken, dass bei einer Erhöhung der Abfallgebühren eine - sagen wir mal - «politische Vorlaufzeit» benötigt wird. Gibt es konkrete Zahlen dazu von Seiten Gemeinderat? Wann ist eine Erhöhung der Abfallgebühren angedacht?

Wir haben dieses Jahr zum ersten Mal die Chance, das Budget noch in einer zweiten Lesung zu behandeln. Wenn sich sinnvolle und umsetzbare Sparmassnahmen im Verlaufe dieser Sitzung ergeben sollten, so wird die Mitte-Fraktion diese laufend beraten und spontan über eine allfällige Zustimmung entscheiden.

Oliver Tamàs (glp): Vielen Dank für die gute Ausarbeitung des Budgets und auch für die Informationsveranstaltung im Vorfeld. Die GLP schätzt das sehr - es waren sogar 2/3 der Fraktion anwesend.

«CHF 1.5 Mio. Franken Defizit im "allgemeinen Haushalt" - nicht schon wieder», war meine erste erstaunte Reaktion. Ich hatte diesmal tatsächlich mit weniger gerechnet. Im 2024 schlossen wir mit einem Defizit von – CHF 1.2 Mio. ab, ihr erinnert euch sicher.

Die erste einfache Analyse zeigte, dass der unsteuerbare und intransparente Transferaufwand wiederum an vielem Schuld ist. Doch ist das wirklich der einzige Grund? Nein, der Personalaufwand steigt um 7 %, der Sachaufwand um 5 %, das sind zusammen rund + CHF 2.4 Mio. Mit dem Transferaufwand von + CHF 2.3 Mio. haben wir höhere Ausgaben von CHF 4.7 Mio.!

Der schöne Mehrertrag dank den höheren Steuereinnahmen von +CHF 2.5 Mio. ist somit weggefressen. Deshalb werden wir von der glp-Fraktion den Antrag stellen, mögliche Sparmassnahmen beim Personalaufwand und beim Sachaufwand bis zur 2. Lesung im November zu prüfen, auszuarbeiten und vorzulegen. Aus genau diesem Grund haben wir eine 2. Lesung im GGR vorgeschlagen und durchgebracht. Luca Alberucci wird die Details zum Antrag ausführen.

Zudem reichen wir die am letzten Meeting erwähnte Motion betreffend «Aufnahme einer Personalplanung im Budgetprozess» ein, um dazu eine Übersicht für die Diskussion zu bekommen.

Christoph Leiser (FDP): Wir danken allen Beteiligten für das Erarbeiten der Unterlagen und insbesondere den frischen Wind resp. Ansatz zur Budgeterstellung und den Informationsanlass (gerne terminlich früher legen) - leider ist er nicht so frisch wie erwartet oder gar versprochen - es bleibt wie immer beim stinkenden Defizit im «Allgemeinen Haushalt» - und jährlich grüßt das Murmeltier ...

Es besteht aber Aussicht auf Besserung - eher Anpassung - die entsprechenden Anträge folgen.

Wir haben im Sitzungsprogramm eine «zweite Lesung Budget» budgetiert - dieses Budget möchten wir ausreizen. Es muss offen, sachlich und ehrlich auch über Leistungsabbau und/oder Achtung! Steuererhöhung diskutiert und abgestimmt werden können - ob es so dann wirklich so weit kommt, da bin ich mir heute nicht sicher. Es ist uns bewusst, dass wir mit "Schulhaussanierung Rothus" und "Bau Turnhalle Möсли" finanziell arg gestreckt oder gar gevierteilt haben.

Es freut mich aber, dass der äusserst träge Mundiger-Finanzen-Dampfer wohl tatsächlich eine Richtungsänderung vollzieht oder künftig vollziehen möchte. Mehr Hände als auch schon reissen am Steuerrad!

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Liegen weitere Wortmeldungen zur GGR-Botschaft vor. Als dann wären wir froh, wenn die erwähnten Änderungsanträge nun oder während der seitenweisen vorgenommenen Budgetberatung gestellt werden.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ein Dankeschön an Sandra Löhner (Mitte) zu der vorgängig gestellten Frage wegen der Abfallgebühren: Wir haben sie gelesen und dich vorgängig informiert. Es ist richtig, dass wir beim Wasser und beim Abwasser Reserven, die wir jetzt bewusst abbauen, auch beim Abfall vornehmen werden. Die hauptsächlichen Kosten werden vor allem durch die Fahrzeuge verursacht, die wir jetzt gerade neu angeschafft haben.

Wir werden wahrscheinlich nicht vor Ende des Jahres entscheiden können, wann eine Anpassung der Abfallgebühren notwendig wird.

Luca Alberucci (glp): Der Änderungsantrag der glp-Fraktion wurde bereits im Vorfeld allen GGR-Mitgliedern zugestellt. Gleichzeitig möchte ich dem Gemeinderat danken, dass wir bereits anfangs September über das Budget beraten können. Dieser Sachverhalt ist sehr gut und gibt uns die Möglichkeit, eine zweite Lesung vorzunehmen. Wir müssen diese Chance packen, denn das Budget liegt in der Verantwortung des Parlamentes. Diese Verantwortung wahrzunehmen ist für mich sehr zentral. Ich spreche nicht von "Sparen" sondern von "bremsen des Ausgabenwachstums". Die zentrale Frage lautet - was machen wir noch? Vielleicht auch etwas später als ursprünglich geplant. Diese Frage wird fast nie thematisiert. Jetzt ist der Moment gekommen, diese Fragen zu stellen.

i Meine politische Bewertung von mir und im Namen der glp-Fraktion

Wenn wir die vorliegenden Budgetzahlen freigeben, dann werden wir in den nächsten Jahren über eine Steuererhöhung diskutieren. Eine Steuererhöhung ist aus meiner Sicht nicht ausgeschlossen - aber für mich nicht die letzte Massnahme. Zuerst ist das Kostenwachstum zu bremsen.

i Was ist der Kern des Antrages?

Der Kern des Änderungsantrages liegt darin, dass wir nicht bei den Investitionen sparen. Auch im Gesamthaushalt bei den Spezialfinanzierungen sind keine Sparmassnahmen vorgesehen. Die Spezialfinanzierungen müssen keinen Gewinn abwerfen. Das Kostenwachstum ist dort zu bremsen, wo wir die "Ruder in fester Hand" haben. Das sind namentlich die Personalkosten und die übrigen Betriebs- und Sachaufwändungen. Ich spreche nicht von Abschreibungsaufwändungen. Wir sprechen nicht von Investitionen nicht tätigen und in der Erfolgsrechnung weniger Abschreibungen vornehmen. Wir sprechen auch nicht von Transferaufwändungen. Wir sprechen von Aufwänden, über welche wir direkt selber entscheiden können - sollen diese weiterwachsen oder nicht.

i Meine Beobachtungen zu diesen Positionen im "Allgemeinen Haushalt" (Personalaufwand und übriger Betriebs- und Sachaufwand)

1. Historisch wird aufgezeigt, wie sich die wichtigsten Bilanz- und Aufwand- und Ertragspositionen seit 2018 bis 2024 entwickelt haben. Diese beiden Positionen sind pro Jahr um knapp CHF 1.5 Mio. angestiegen. Das entspricht rund um einen Steuerzehntel. Wir sind eine Gemeinde mit einem Wachstum (und sind nicht auf dem absteigenden Ast). Eine kleine Verzögerung ist eine sehr wirksame Kostenwachstumsbremse.
2. "Allgemeiner Haushalt" im Vergleich Budget 2025 zu Budget 2026 kommen wir auf CHF 2.4 Mio. Franken.

Gedankenspiel: Wir dürfen immer noch wachsen, aber nicht um CHF 2.4 Mio. in diesem Jahr sondern wir beschränken das Wachstum um einen Drittel, dann haben wir ein ausgeglichenes Budget.

In diesem Sinne ist unser Änderungsantrag formuliert. Wir wollen nicht CHF 1.5 Mio. weniger Ausgabenwachstum. Wir wollen, dass der Gemeinderat die erste Lesung zurücknimmt, den Änderungsantrag entgegennimmt und sich das Menü neu überlegt, um auf den Positionen «30-Personalaufwand» und «31-Sach- und übriger Betriebsaufwand» CHF 1.5 Mio. weniger

Ausgabenwachstum zu haben. Die Anpassungen sind strukturiert aufzuzeigen in Effizienzmassnahmen, eine Bezifferung der beschlossenen Verzichte, nicht erfolgter Leistungsausbau, wie sieht die Bilanz der nicht besetzten Stellen aus. Wenn der Gemeinderat "historische Leistungen" beschliesst, möchten wir dazu eine Stellungnahme.

- Welche Zusatzmassnahmen sind erforderlich, um auf die CHF 1.5 Mio. weniger Ausgabenwachstum zu kommen?
- Die "schmerzhaften" Kürzungen sind zu berücksichtigen. Welcher Verzicht resp. Verzögerung sind notwendig, um die CHF 1.5 Mio. weniger Ausgabenwachstum zu erreichen?

Wenn die Ratspräsidentin einverstanden ist, verzichte ich auf das Verlesen des Änderungsantrages. Der **Änderungsantrag Nr. 1** lautet wie folgt:

Der Gemeinderat legt dem Parlament in der zweiten Budgetlesung verschiedene Massnahmen zum Entscheid vor, welche das Aufwandswachstum im Allgemeinen Haushalt auf den Konto-gruppen «30-Personalaufwand» und «31-Sach- und übriger Betriebsaufwand» verringern. Die Anpassungen müssen auf spezifischen Sachkonti erfolgen und nicht mittels einer Globalkorrektur eingestellt werden. Insgesamt müssen die dem Parlament einzeln zum Entscheid vorgelegten Massnahmen zu einer Verringerung des Kostenwachstums um mindestens CHF 1.5 Mio. führen, sofern sie alle vom Parlament in zweiter Lesung angenommen würden.

Dem Parlament sind insbesondere folgende Massnahmen vorzulegen

- *Effizienzmassnahmen, welche keinen Leistungsabbau oder Verzicht auf beschlossenen Leistungsaufbau bedingen*
- *Verzicht auf beschlossenen, noch nicht erfolgten Leistungsaufbau (einzelnen zu beziffern)*
- *Verzicht auf Besetzung neuer Stellen (einzelnen zu beziffern)*
- *Abbau von Leistungen, auf die aus Sicht Gemeinderat verzichtet werden kann (einzelnen zu beziffern)*
- *Falls nötig, Abbau von weiteren Leistungen (einzelnen zu beziffern)*

Begründung:

Um eine Steuererhöhung, welche kaum eine Mehrheit in Parlament und Volk finden würde, zu vermeiden, ist es wichtig, dass das Kostenwachstum im Budget 2026 gebremst wird. Eine Anpassung der prognostizierten Erträge und von kurzfristig kaum beeinflussbaren Aufwandpositionen (sowie Abschreibungen und Transferzahlungen) ist nicht angebracht.

Hingegen gibt es Anpassungspotential bei den Personalkosten, welche gegenüber Budget 2025 im "Allgemeinen Haushalt" um 7 % resp. CHF 1.71 Mio. wachsen, sowie bei den Sach- und übrigen Betriebsaufwänden, welche ihrerseits um 5 % resp. CHF 0.7 Mio. wachsen.

In der vorgelegten Budgetierung setzt sich der langjährige Trend fort, wonach der Personal- und Sachaufwand seit Jahren deutlich wachsen. Siehe «Interpellation betreffend die Hauptgründe und -Treiber für die bisherige Entwicklung der Finanzlage von Ostermundigen».

Es ist eindeutig: Ostermundigen hat auch ein Ausgabenproblem und nicht ausschliesslich ein Einnahmeproblem. Das jährliche Einnahmenwachstum kann das Ausgabenwachstum kaum kompensieren. Um eine Steuererhöhung zu vermeiden, ist das Ausgabenwachstum bereits in dieser Budgetierung einzudämmen.

Colette Nova (SP): Wir schätzen sehr, dass wir heute Abend eine sachliche Diskussion führen können. Wir können um konkrete Sachen diskutieren - so gut es eben geht. Ich persönlich bin bekanntlich keine Freundin von Defiziten, ganz im Gegenteil. Ich nehme es dem Gemeinderat ab, dass er seriös und sparsam budgetiert hat. Bildlich gesprochen: Die "Sparzitrone der Ostermundiger Finanzen" wird schon seit so vielen Jahren zusammengedrückt, dass nichts mehr zu holen ist.

Leider gibt es zwischen notwendigen Investitionen (z. B. Schulhäuser), Transferzahlungen, zu denen wir nichts zu sagen haben, und dem notwendigen Grundstock, damit die Gemeinde überhaupt funktionieren kann, nur wenig Spielraum für uns. Der Gestaltungsspielraum ging weitgehend verloren. Trotz sparsamer Budgetierung möchte ich auf einige Punkte hinweisen:

- Wir haben den Eindruck, dass es keine nennenswerten Effizienzmassnahmen ohne Leistungsabbau oder Verzicht auf beschlossenen Leistungsausbau mehr gibt.
- Verzicht auf Besetzungen von neuen Stellen gibt es wohl auch nicht ohne Leistungsabbau. Sonst würden ja neu eingestelltes Personal die Daumen drehen - was ich nicht glauben kann.
- Die sogenannten "freiwilligen Leistungen" - also solche, die nicht von übergeordnetem Recht vorgegeben sind - sind alle in der Vergangenheit nach langen Diskussionen hier im Grossen Gemeinderat beschlossen worden. Jedenfalls diejenigen, die finanziell «einschenken», wie z. B. das Programm «schrittweise». Wann wer beschlossen hat, z. B. eine Bibliothek zu führen, weiss ich nicht. Natürlich kann man über all das diskutieren. Aber das sollte nicht überstürzt geschehen. Wir sollten uns Zeit dafür nehmen und gut abgestützte Entscheide fällen. Vom Departementsvorsteher Finanzen/Steuern habe ich gehört, dass eine halbwegs seriöse Analyse mindestens sechs und eine seriöse zwölf Monate dauert. Was wir hier im GGR beschlossen haben, sollten wir auch nicht einfach dem Gemeinderat delegieren. Ich schlage vor, die Mehrwertabgaben auf den kantonal maximalen Ansatz in Rechnung zu stellen. Ich werde zu diesem Thema heute Abend eine Motion einreichen.

Aus den dargelegten Gründen schlagen wir vor, den Änderungsantrag der glp-Fraktion abzulehnen.

2)

Ulrich Steiner (SVP): Auch von Seite der SVP bedanken wir uns für die grosse Arbeit von Gemeinderat und Verwaltung, diesen Budgetentwurf zu erstellen. Die SVP-Fraktion unterstützt aber auch die Anträge der glp-Fraktion. Wir können nicht Jahr für Jahr eine strikte Ausgaben-disziplin anmahnen und dann geschieht regelmäßig nichts, und mit jedem Budget steigen die Ausgaben fröhlich weiter.

Wir haben heute Abend im Traktandum "Legislaturziele" positiv zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat diese Legislaturziele auf eine pragmatische Art «in house» erarbeitet hat - ohne externe Studien oder Bezug externer «Fachexperten». Dies ist genau der Weg, den wir vermehrt beschreiten müssen. Die «Schwarmintelligenz» Gemeinderat und Verwaltung wird viel zu oft viel zu wenig genutzt.

²⁾ 19:00 Uhr: Alexander Schmid (glp) nimmt an der Sitzung teil. Es sind **37 Ratsmitglieder** anwesend.

In diesem Zusammenhang sind uns im Budgetentwurf, Seite 59, Rubrik 313 «Dienstleistungen und Honorare», u. a. folgende Aufwände aufgefallen:

- a) Konto 3130, «Dienstleistungen Dritter» CHF 3'030'370
- b) Konto 3132, «Honorar externer Berater, Gutachter, Fachexperten» CHF 948'300
- ① Total dieser zwei Konten: CHF 3'978'670

Davon ist gemäss Auskunft der Finanzabteilung ein Betrag von CHF 317'500 (ca. 8 %) allein für die Überbrückung von internen Vakanzen budgetiert.

Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass in diesen Konten Optimierungspotential vorhanden ist - gerade auch durch Verzicht auf externe Studien, die Gemeinderat und Verwaltung sehr oft nur bestätigen, was die Gemeinde ohnehin schon weiss. Es braucht auch weiterhin verstärkte Anstrengungen, personelle Vakanzen mit eigenem Personal zu schliessen, anstatt teure externe Personalressourcen einzukaufen. Wir müssen auch das Know-how wieder «in house» sammeln. Unseres Erachtens können im Budget 2026 die Budgets der Konten 3130 und 3132 signifikant reduziert werden - ohne Kostenverlagerung auf andere Konten.

In Ergänzung zum Änderungsantrag Nr. 1 stellt die SVP-Fraktion daher folgenden, konkreten **Änderungsantrag Nr. 2:**

Die Konten 313.3130 und/oder 313.3132 sind um insgesamt mindestens CHF 500'000 zu reduzieren, ohne Aufwand-Verlagerung auf andere Sach- oder auf Personalkosten-Konten. Die konkreten Auswirkungen sind in zweiter Lesung darzulegen, damit final darüber befunden werden kann.

Lukas Lanz (FDP): Zum Budget und den Investitionen 2026 stellen wir von der FDP.Die Liberalen-Fraktion den **Änderungsantrag 3:**

Der Gemeinderat prüft zur Reduktion des Defizits im Budget 2026 des steuerfinanzierten Haushalts insbesondere folgende Punkte und zeigt das Potential für die 2. Budgetlesung auf.

1. *Der Anstieg der Personalkosten inkl. externe Leistungen um mehr als 10 % im Vergleich zur Rechnung 2024 auf folgenden Konti wird begründet und es wird aufgezeigt mit welchen Massnahmen (z. B. Verschiebung oder Streichung von nicht zwingenden Investitionen oder Projekten) die Steigerung, wenn möglich reduziert werden könnte:*
 - Präsidiales: Personaldienst
 - Bildung/Kultur/Sport: Sekretariat/Tagesschule
 - Hochbau: Sekretariat/Verwaltungsgebäude/Saalbetrieb Tell
 - Tiefbau: Natur- und Landschaftsschutz/Gewässerverbauungen/Freibad
 - ÖSi: Polizeiinspektorat/Generationen+Quartier Arbeit
 - Finanzen: Sekretariat
2. *Insbesondere folgende Investitionen werden im Sinne von Punkt 1 geprüft:*
 - Ersatz resp. Beschaffung Schliess- und Alarmierungssystem für alle Schulhäuser in einem Geschäft

- *Investitionen von > CHF 1 Mio. für das Schulhaus Möсли im 2026*
 - *Gesamtinvestitionen von ca. CHF 1.5 Mio. für Variel Pavillon nebst CHF 14 Mio. für Kindergarten*
 - *Investitionen für E-Ladestationen (siehe auch Traktandum Nr. 57)*
3. *Weiter stellt der Gemeinderat die 20 grössten freiwilligen und wiederkehrenden Ausgabeposten zusammen.*

Mattia Mordasini (SP): --> Das Votum ist nur sehr schwer verständlich, der Ton hat sich mit der Nähe zum Mikrofon und damit mit der Lautstärke überschlagen.

Wer viel mit Behörden von Ostermundigen zu tun hat im Alltag, so wie ich im Moment, hört immer wieder von den Mitarbeitenden, dass die "Human Ressourcen" in vielen Abteilungen knapp bemessen sind und hier definitiv nicht noch Stellen eingespart werden sollen.

Eine in die Zukunft gerichtete Gemeinde hat viele Aufgaben und braucht unbedingt gute Mitarbeitende, um die an sie gestellten Probleme anzugehen.

Ich bin seit 10 Jahren in Ostermundigen unterwegs und suche immer noch nach Orten, wo die Menschen sich wirklich treffen und begegnen können. Gefunden habe ich dies erst auf dem Rasen im Oberfeld.

Für eine solche gemeinsame Identität braucht es aber mehr als Einsparungen.

Auch bin ich oft in Gebäuden der Gemeinde unterwegs und gerade im vorhin genannten Möсли - Einsparungen Renovation eine Million - müssten also unter anderem die WC-Anlagen unbedingt saniert werden.

- Der Budgetvorschlag des Gemeinderates ist bereits ein Knochen ohne Fleisch dran.
- Alle Einsparungen tun weh und werden Folgen für die Zukunft haben.

Deshalb stehen wir als SP/Grüne-Fraktion 100 % hinter der Arbeit des Gemeinderates und dem vorgelegten Budget.

Adrian Tanner (Grüne): Ich versuche jetzt, das wiederholte Gesagte nicht zu wiederholen, weil es für mich ganz ungeeignet ist.

Wir sprechen aktuell über das Budget. Der Infoanlass wurde von der Grüne-Fraktion zu zweit Dritt besucht. Wir haben ein Defizit im "Allgemeinen Haushalt" von 1.5 Millionen Franken und das ist nicht ideal. Man kann darüber diskutieren, wie gross das Problem ist. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass das Budget so vorgelegt werden kann. Auch die Finanzkommission hat diesem Geschäft einstimmig, wenn ich mich richtig erinnere, zugesimmt.

Es ist überraschend für mich, dass die glp-Fraktion den Änderungsantrag eingereicht hat, zumal die glp zusammen mit der SVP und der FDP im Gemeinderat die Mehrheit inne hat.

Wenn man nun einmal davon ausgeht, dass das Budget ein solch grosses Problem ist, kann man sich überlegen, was man dagegen tun kann. Es wurde bereits angetönt:

1. Effizienzmassnahmen prüfen,
2. Ausgaben kürzen,

3. beim Kanton lobbyieren, dass der Ausgleich zwischen den Gemeinden anders organisiert wird und
4. die Steuern erhöhen.

Es gibt sicher noch andere Faktoren, und wir können auch darüber sprechen, wenn jemand andere Ideen hat.

Die erste Aktion, Effizienz, hatten wir im Jahr 2018 mit der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) überprüft. Sie hat gezeigt, dass die Gemeinde bereits sehr effizient arbeitet und die Ursachen, die in der Gemeinde angeboten werden, auch im Vergleich zu anderen Gemeinden, mit wenig Ressourcen viel macht. Das ist sehr erfreulich, aber es heisst eben auch, dass wenn man etwas wegschneidet, es wehtut. Im Bericht selbst steht auf Seite 11 (dieser ist angehängt in Traktandum Nr. 59) Beantwortung der Interpellation von Luca Alberucci: *umfassende Prozessanalysen und Dokumentationen, Wandels- und finanzielle Ressourcen, welche im Tagesgeschäft fehlen.*

Ja, solche Effizienzmassnahmen, das ist so die typische Karikatur des Managers oder der Managerin, die irgendetwas ändert, damit etwas verändert wird. Das bindet das Personal, das bindet auch die Motivation. Und wie wir gehört haben, ist es manchmal schwierig, das Personal zu finden. Dann ist es vielleicht auch nicht der beste Ansatz, das Personal zu vergrellen, wenn man zum Beispiel auch weiss, wie teuer die externen Beraterinnen und Berater sind.

Ich war am Budgetprozess innerhalb der Verwaltung nicht beteiligt, aber ich stelle mir vor, dass man da eben auch genau die verschiedenen Posten grundsätzlich anschaut und Änderungen vornimmt. Das ist ja nicht einfach das gleiche Budget wie letztes Jahr. Wenn jetzt der Gemeinderat beauftragt wird, noch einmal zu schauen, ob er irgendwo 1.5 Millionen Franken findet, die sich irgendwo verstecken, findet er es auch sinnvoll oder nicht sinnvoll. Es könnte ja sein - in den Wahlen 2020 hat Jorgo Ananiadis (Piraten) auch nachgefragt, ob alle Stimmen gezählt wurden? Und zweimal hintereinander wurden Fehler gefunden. Aber er hatte konkrete Anhaltspunkte.

Wenn man jetzt diesen Auftrag erteilt, dann wäre das aus meiner Sicht eine grosse Verschwendug von Ressourcen. Mindestens gibt es auch Änderungsanträge mit konkreteren Forderungen. Es ist eine sympathische Rolle. Die Änderungsanträge kann ich wahrscheinlich unterstützen.

Wir müssen nicht vergessen, dass 20 Prozent der Ausgaben (freiwilligen Ausgaben, also nicht vom übergeordneten Recht vorgegeben) sind. Wenn wir dann im November Vorschläge haben, wie die Badi schliessen, sparen wir 800'000 Franken, oder die Bibliothek schliessen oder "schrittweise" streichen, ja, sind wir dann wirklich einen Schritt weiter? Wir hatten eine zusätzliche Sitzung, bei der wir auch noch Zeit brauchten. Wir machen grundsätzlich gerne Politik, aber ich kann mir auch etwas anderes vorstellen. Ich werde aber trotzdem da sein. Diese Kürzungsvorschläge können wir immer noch ablehnen und machen das hoffentlich auch. Aber wir haben dann eben nur Leerlauf produziert. Wenn wir diese Kürzungen annehmen, dann ist es auch nicht unbedingt besser. Die Bevölkerung nimmt zu, und die zusätzlichen Aufgaben haben wir als Parlament beschlossen. Natürlich gab es auch Gegenstimmen. Aber dann muss man das über den gleichen Prozess machen und nicht über das Budget.

Man kann sich auch fragen: Wenn man zum Beispiel eine Velostelle streichen möchte, ob man wirklich etwas gespart hat? Wir müssen uns auf den Klimawandel, der am Fortschreiten

ist, vorbereiten. Wir müssen schauen, wie wir möglichst entsiegeln können, wie wir die Hitz-einsel vermeiden müssen, und das ist eine Arbeit, die qualifizierte Menschen machen müssen. Wenn wir das nicht machen, könnte sich das vielleicht sogar noch auf die Gemeinderechnung auswirken. Ich habe positive Auswirkungen gehabt, aber ich möchte dafür plädieren, dass man ein wenig weiterschaut und sich überlegt, welche Auswirkungen auf Leute, die schon jetzt nicht so gross "auf Rosen gebettet" sind, hat.

Wenn wir die anderen Themen betrachten, zum Beispiel die Sozialhilfemassnahmen bei Kleinkindern, gibt es zahlreiche Studien, die belegen, dass Investitionen in die frühe Kindheit sich rein finanziell auszahlen. Also, wenn man jetzt investiert, dann hat man auch Leute, die besser fürs Leben vorbereitet sind und die zum Beispiel eine höhere Ausbildung machen können und nicht in die Sozialhilfe fallen. Abgesehen davon wurde vorgeschlagen, man könnte etwas einfach ein Jahr später machen. Aber gerade bei Kleinkindern spricht man von den ersten Tausend Tagen, die sehr entscheidend sind. Wenn wir so etwas nicht machen, sind für diese Schlüsselkinder gewisse Züge bereits abgefahren. Die Chancengleichheit wird darunter leiden.

Ich habe mir gerade noch einige Sache aufgeschrieben: Das Thema Abnutzung von Strassen mit Lastwagen und mit schweren Autos. Dazu kann ich dann in der 2. Beratung etwas sagen - wenn es so weit kommt.

Zur dritten Option: Ich sagte erste Option "Effizienz", zweite Option "Ausgaben reduzieren" und eine dritte Option "beim Kanton Bern lobbyieren". Das würde durchaus Sinn machen, denn Ostermundigen hat strukturelle Schwierigkeiten. Das ist uns allen bewusst. Ich glaube nicht, dass es die Interessen der Grünen oder der SP sind, sich gegen einen derart besseren Ausgleich zu wehren (im Grossen Rat oder auch im Nationalrat), wenn es um den Ausgleich zwischen den Kantonen geht - oder auch international.

Dann kommen wir jetzt zur vierten Option "Steuern zu erhöhen". Ich möchte auch Christoph Leiser (FDP) danken, der das schon erwähnt hat. Ja, in meinem Fall würde das heissen zusätzlich ein Steuerzehntel irgendwo zwischen 100 und 200 Franken mehr pro Jahr. Ich bin nicht in Ostermundigen aufgewachsen, aber die Gemeinde ist mir das Wert.

Vielleicht hat es einige GGR-Mitglieder, die sich schon mit der "Wirtschaft" befasst haben: Vielleicht ein bisschen mehr als ich sogar. Es gibt den Begriff des "marginalen Nutzens". Also, wenn ich als Kind 4 Franken Taschengeld erhalte, und dann erhalte ich 10 Franken dazu, dann ist das riesig. Aber wenn ich 20'000 Franken pro Monat verdiene und 10 Franken mehr erhalten, dann ist das kein grosser Unterschied für mich. Deshalb ist das Geld vielleicht besser investiert, wenn wir es der Gemeinde anvertrauen und wenn die Gemeinde etwas sinnvolles macht und soziale Programme umsetzen kann. Für mich ist das ein klarer Fall.

Es heisst im Änderungsantrag Nr. 1 der glp-Fraktion: ...eine Steuererhöhung hätte keine Mehrheit. Ja, warum eigentlich? Also wenn ein Parteimitglied ein Problem mit Steuererhöhungen oder mit Steuern allgemein hat, dann können Sie ihm ja erklären, dass man eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) bereits gemacht hat. Dass man in Ostermundigen alles bekommt, wofür man bezahlt. Ja, es ist nur in der Perspektive so, dass man das Defizit von 1.5 Millionen Franken jetzt schon aufheben möchte. Die Gemeinderäte sind der Auffassung, dass das nicht nötig ist.

Peter Buri (SP): Die vorliegende GLP-Motion ist schlicht nicht umsetzbar. Wegen der sozio-ökonomischen Realität von Ostermundigen. Weil es gegen die Vernunft ist, das Budget nicht zu genehmigen.

Statt konstruktive Lösungen scheint ihr einziges Ziel zu sein, dem Gemeinderat die Verantwortung für unpopuläre Kürzungen zuzuschieben. Doch was würde passieren, wenn wir dieser Motion folgen würden? Die Realität sieht so aus - die Kürzungen würden vor allem die folgenden Leistungen treffen:

- Das Freibad - ein zentraler Ort der Begegnung und Freizeit für alle Generationen.
- Die Bibliothek und Ludothek - wichtige Bildungs- und Kulturangebote, besonders für Familien.
- Oder indirekt Projekte "sabotieren", indem bereits bewilligte oder/und unbesetzte Stellen gestrichen würden;
- Oder im sozialen Bereich - wo die Schwächsten der Gemeinde auf Unterstützung angewiesen sind.

ⓘ Noch ein zynischer Kommentar, den ich mir doch nicht verkneifen kann

Das wäre kein Konzept zur Kostensenkung, das wäre "politischer Selbstmord". Und das wissen die Motionärinnen und Motionäre auch. Statt ernsthafte Vorschläge zu machen, wird hier ein „Buebetrickli“ versucht - leider auf dem Rücken der Bevölkerung und der Gemeindeinstitutionen. Die Gemeinderäte mit ihren Mitarbeitenden haben das Beste versucht, die "unnötige Luft" aus dem Budget zu bringen. Wenn wir den Steuerfuss um einen halben Steuerzehntel anheben, beträgt das Budget voraussichtlich nur noch 10'000 Franken.

ⓘ Unsere Haltung ist klar

Wir lehnen solche Scheindiskussionen ab. Wer echte Lösungen will, muss über Einnahmen sprechen - nicht über Kürzungen, die am Ende alle treffen.

Marcel Falk (SP): Mein Votum hat genau zwei Gründe:

1. Die Mehrheit unserer Fraktion hat der Ablehnung der Möglichkeit zugestimmt. Wir haben damals auch gesagt, dass wir den Ausdruck der Erwähnung für die zweite Lesung in eine konkrete Hülle bekommen und die konkreten Abklärungen, die man in der zweiten Lesung zusammen diskutieren kann. Das ist auch der Grund, weshalb man dies Hausaufkommen der glp-Motion dem Gemeinderat überweist. Wir glauben, dass dieser breite Grundausschlag etwas bringt. Wir unterstützen das gerne. Das wäre der erste Punkt gewesen.
2. Wir stellen den **Ordnungsantrag**, *nach der Debatte eine Pause machen*, sodass wir dann diskutieren können, wie die drei Änderungsanträge zusammenhängen.

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Ich möchte noch auf den Hinweis von Christoph Leiser (FDP) bezüglich "sachlicher Diskussion" hinweisen. Wir müssen sachlich darüber reden. Ich bin schon seit Längerem dabei. Es ist jedes Jahr dasselbe, aber was mir dieses Jahr so richtig vor die Augen geführt wurde, ist die Aussage: Die Einnahmen folgen langsam, davon haben

wir ja in den letzten paar Jahren geträumt, oder es wurde darüber gesprochen. Die Einnahmen müssen irgendwann einmal kommen. Aber die Situation hat sich nicht verbessert, wenn in den nächsten paar Jahren unser Ausblick richten.

Ich habe noch kein gutes Argument gehört, im Gegensatz zu damals in der Diskussion über die Fusion mit der Stadt Bern, wo es bei uns in Ostermundigen finanziell ganz und gar schlecht aussah. Man kann da ein wenig schrauben, dort etwas schauen, eigentlich stehen wir viel besser da. Momentan gibt es kein Argument, um zu sagen, es sei irgendwie falsch dargestellt, was die nächsten Jahre passieren werde. Wir müssen darüber diskutieren und kürzen. Es tut weh, aber ich bin der Meinung, dass das vorliegende Budget sicher realistisch ist, aber es tut uns noch nicht weh. Und was wir auch noch ausloten sollten, ist, wo das Budget wehtut? Man kann jetzt nicht einfach sagen, wir nehmen das Budget wie vorliegend an, weil wir in der zweiten Lesung dann sagen, dass es zu teuer ist. Es macht durchaus Sinn, die zweite Lesung wahrzunehmen.

Zu den Anträgen, die wir heute Abend gestellt haben, resp. zu diesen Punkten wird nichts Unmögliches verlangt. Es wurden konkrete Anträge gestellt. Wir wollen eine neue Auswahl. Die Situation bzw. die Lage ist noch "nicht blutig", und daher bitte ich das Parlament, die Änderungsanträge zu prüfen und letztendlich zuzustimmen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich lege die drei eingereichten Änderungsanträge hinten im Saal auf die Tische auf. Diese könnt ihr studieren resp. einsehen.

Während dem folgenden 20-minütigen "Time Out" könnt ihr die Meinung zu den Änderungsanträgen bilden sowie das weitere Vorgehen besprechen. Für alle Fragen stehen euch die Gemeinderäte und die Abteilungsleitenden zur Verfügung.

Mir stellt sich primär noch die Frage, soll eine Detailberatung vorgenommen werden?

- - - - P a u s e - - - -

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Wir fahren mit der Sitzung fort. Wir haben noch zwei Voten seitens Gemeinderats ausstehend.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch ein paar Gedanken anbringen, die mir vorgebracht wurden:

Ich stelle fest, dass wenige bis keine konkreten Kürzungsanträge gestellt wurden. Das heisst wahrscheinlich, und dass ist meine Interpretation - wir haben es mit einem Transparenzproblem Gemeinderat/Grosser Gemeinderat zu tun. Und vielleicht auch noch mit dem Vertrauensproblem, welches man bestimmt lösen kann.

Für die gestellten Punkte, die hier gesagt wurden, habe ich absolutes Verständnis. Die Beantwortung dieser Punkte in der Tiefe, in der man dann auch eine nachhaltige Entscheidung ein treffen könnte, dieser Aufwand ist sehr hoch und bedingt Ressourcen. Wir haben den Auftrag und erfüllen diesen und das ist nicht der Punkt. Mein Vorschlag habe ich bei den Informationsveranstaltungen erwähnt: Ich fände es sinnvoller, zielführender und nachhaltiger, wenn

die Forderungen nach Transparenz und nach Detailerklärungen jetzt als Motion oder als Postulat aufgenommen würden, sodass wir sie sauber aufbereiten und dem GGR zeigen könnten, was der Preis ist. Nämlich, die Forderungen in das Budget einzubauen, was für mich sinnvoll ist, denn es wird immer von einem Kalenderjahr gesprochen. Das gibt uns notwendige Zeit, alles vorzubereiten.

Ich wiederhole, es geht hier nicht darum, dass wir keine Lust oder keine Zeit haben, diese Sachen zu beantworten. Aber es sind "sportliche Termine", die wir einhalten müssen (auch wenn wir alles sauber machen wollen). In dieser kurzen Zeit haben wir dann wahrscheinlich zwei Entscheidungen.

Aber eine Bemerkung: Wir können nicht einfach so Löhne kürzen! Es sind Leistungen, bei denen es einfach Mitarbeitende braucht.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich wurde in der Pause gefragt. Wie gross der Schaden resp. Aufwand wird, wenn das Budget heute nicht verabschiedet werden kann (so wie es der Gemeinderat vorgeschlagen hat, als Vorbereitungsaufwand, und für eine zweite Lesung, die am 20. November 2025 stattfinden wird)?

Ich kann den finanziellen Aufwand nicht beziffern. Das Ganze wird aber sicher ein wenig Aufwand generieren. Aber wenn wir jetzt sagen, es seien 50 oder 100 Stunden, dann ist jede Angabe, die wir machen, falsch. Wenn das Parlament, und dann komme ich zu einem nächsten Punkt, heute keinen Entscheid fällt. Wird die Bearbeitung des Budgets für die zweite Lesung notwendig, werden wir uns morgen Vormittag um 7 Uhr für die erste Sitzung treffen. Wir werden die Aufträge, je nachdem, welche sie überweisen, abschaffen, aufarbeiten und zusammenarbeiten. Der Terminplan ist sehr, sehr sportlich. Die Aufarbeitung geht ja noch bis November 2025. Aber eigentlich müssen wir in drei Wochen alles zusammengebüscht haben. Die zeitlichen Vorläufe sind einzuhalten. Damit will ich nicht sagen, der Prozess gehe nicht auf oder die zweite Lesung sei falsch.

In Absprache mit dem Departementsvorsteher Finanzen/Steuern haben wir gesagt, dass wir nicht alle Positionen und Punkte, die als Fragen aufgeworfen sind, kommentieren (dies würde den Bogen aufgrund einer solchen Diskussion sprengen).

1. Zuerst möchte ich Ulrich Steiner (SVP) danken für die Lorbeer, dass wir manchmal das Rad nicht neu erfinden wollen und versuchen, uns auf unsere leiblichen Kompetenzen zu fokussieren.
2. Wie ich schon verschiedentlich gehört habe, geht es um den Sachverhalt zwischen dem Rechnungsabschluss 2024 und 2026. Ich möchte einfach nochmals erwähnen, dass wir im Jahre 2024 verschiedene Stellen nicht besetzt hatten, was entsprechend den Personalaufwand im Rechnungsabschluss weniger stark ansteigen liess. Wir müssen dann dagegen rechnen, dass es bei den externen Aufwänden resp. bei den Einkaufsleistungen, die wir machen mussten, entsprechend angestiegen ist. Es ist völlig klar, dass extern eingekaufte Leistungen in der Tendenz teurer zu stehen sind (nebst dem Know-how in der Verwaltung).
3. Wir haben heute Abend über Erträge gesprochen. Es gab Stimmen gegen die Steuererhöhung. Es gab Stimmen, die sagten, es sei schön, dass jedes Jahr 1.5 Millionen Franken mehr ausgegeben wird. Ich möchte dem Parlament etwas aus der Perspektive des Gemeindeplans mitgeben. Wir sind am Wachsen. Wir wachsen auch viel mehr.

Was mir aber etwas Sorgen bereitet, ist das Prokopfwachstum (= die entscheidende Grösse). Dieses hat die erhoffte oder erwartet Grösse noch nicht erreicht. Hier sind wir nach wie vor 10 Prozent unter dem kantonalen Schnitt. Das heisst, wir sind eine der Gemeinden, die berechtigt ist, etwas aus dem Finanzlastenausgleich zu beziehen. Wir sind eine sogenannte Empfängergemeinde. Von all diesen FILAG-Mechanismen profitieren wir. Aber selbst mit diesen soziodemografischen Zuschüssen reicht es letztendlich nicht, dass wir auf 100 Prozent kommen.

Wir sind daran, Modellrechnungen zu erarbeiten, wie viel es sein müssten. Aber faktisch ist dies wirklich einer der ganz grossen Hebel, die wir eigentlich hätten. Die Gemeinde Muri als Beispiel verdient pro Einwohnerinnen und Einwohner doppelt so viel wie Ostermundigen. Wenn wir dies in eine Relation stellen, dann wäre es eigentlich spannend, wenn wir an diesem Schrauben. Ich sage ganz bewusst, ein wenig stellen können.

Ich möchte auf das Thema hinweisen, welches uns im Moment sehr stark beschäftigt: Nämlich, was wir tun müssen, damit wir die grossen Arealentwicklungen durchbringen können? Auch hier wieder das Thema zu den Ressourcen, die Vorschriften, die Regulatoren von übergeordneten Stellen etc. Ich habe oft das Gefühl, dass es jeden Tag etwas Neues gibt, das wir berücksichtigen müssen. Wir brauchen viel, viel mehr Expertisen, die wir selber im Haus nicht haben, sodass wir überhaupt noch in der Lage sind, eine Realentwicklung machen zu können. Dies noch als Gedanke.

Der Gemeinderat wird das Budget nicht zurückziehen. Bei einem Rückzug könnte das Parlament nicht über die Änderungsanträge abstimmen. Als nächster Schritt sind diese Anträge zu behandeln. Das ist wichtig. Der Antrag des Gemeinderats steht fest, und wir sind der Überzeugung, dass wir so fahren können.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Ich schlage vor, dass wir über die Änderungsanträge abstimmen. Wird einer der Änderungsanträge gutgeheissen, erfolgt automatisch eine zweite Budgetlesung am 20. November 2025. In der Schlussabstimmung wird über die zweite Lesung entschieden. Wenn sämtliche Änderungsanträge abgelehnt werden, würde ich noch eine Detailberatung des Budgets vornehmen.

A b s t i m m u n g

Der **Änderungsantrag Nr. 1** (glp-Fraktion) lautet wie folgt:

Der Gemeinderat legt dem Parlament in der zweiten Budgetlesung verschiedene Massnahmen zum Entscheid vor, welche das Aufwandswachstum im Allgemeinen Haushalt auf den Kontogruppen «30-Personalaufwand» und «31-Sach- und übriger Betriebsaufwand» verringern. Die Anpassungen müssen auf spezifischen Sachkonti erfolgen und nicht mittels einer Globalkorrektur eingestellt werden. Insgesamt müssen die dem Parlament einzeln zum Entscheid vorgelegten Massnahmen zu einer Verringerung des Kostenwachstums um mindestens CHF 1.5 Mio. führen, sofern sie alle vom Parlament in zweiter Lesung angenommen würden.

Dem Parlament sind insbesondere folgende Massnahmen vorzulegen

- *Effizienzmassnahmen, welche keinen Leistungsabbau oder Verzicht auf beschlossenen Leistungsaufbau bedingen*
- *Verzicht auf beschlossenen, noch nicht erfolgten Leistungsaufbau (einzelnen zu beziffern)*
- *Verzicht auf Besetzung neuer Stellen (einzelnen zu beziffern)*
- *Abbau von Leistungen, auf die aus Sicht Gemeinderat verzichtet werden kann (einzelnen zu beziffern)*
- *Falls nötig, Abbau von weiteren Leistungen (einzelnen zu beziffern)*

① Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 23 zu 12 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der **Änderungsantrag Nr. 2** (SVP-Fraktion) lautet wie folgt:

Die Konten 313.3130 und/oder 313.3132 sind um insgesamt mindestens CHF 500'000 zu reduzieren, ohne Aufwand-Verlagerung auf andere Sach- oder auf Personalkosten-Konten. Die konkreten Auswirkungen sind in zweiter Lesung darzulegen, damit final darüber befunden werden kann.

① Der Änderungsantrag Nr. 2 wird mit 15 zu 14 Stimmen (per Stichentscheid der Ratspräsidentin) angenommen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der **Änderungsantrag Nr. 3** (FDP-Fraktion) lautet wie folgt:

Der Gemeinderat prüft zur Reduktion des Defizits im Budget 2026 des steuerfinanzierten Haushalts insbesondere folgende Punkte und zeigt das Potential für die 2. Budgetlesung auf.

1. *Der Anstieg der Personalkosten inkl. externe Leistungen um mehr als 10 % im Vergleich zur Rechnung 2024 auf folgenden Konti wird begründet und es wird aufgezeigt mit welchen Massnahmen (z. B. Verschiebung oder Streichung von nicht zwingenden Investitionen oder Projekten) die Steigerung, wenn möglich reduziert werden könnte:*

- *Präsidiales: Personaldienst*
- *Bildung/Kultur/Sport: Sekretariat/Tagesschule*
- *Hochbau: Sekretariat/Verwaltungsgebäude/Saalbetrieb Tell*
- *Tiefbau: Natur- und Landschaftsschutz/Gewässerverbauungen/Freibad*
- *ÖSi: Polizeiinspektorat/Generationen+Quartier Arbeit*
- *Finanzen: Sekretariat*

2. *Insbesondere folgende Investitionen werden im Sinne von Punkt 1 geprüft:*

- *Ersatz resp. Beschaffung Schliess- und Alarmierungssystem für alle Schulhäuser in einem Geschäft*
- *Investitionen von > CHF 1 Mio. für das Schulhaus Mösl im 2026*
- *Gesamtinvestitionen von ca. CHF 1.5 Mio. für Variel Pavillon nebst CHF 14 Mio. für Kinderhaus*
- *Investitionen für E-Ladestationen (siehe auch Traktandum Nr. 57)*

3. *Weiter stellt der Gemeinderat die 20 grössten freiwilligen und wiederkehrenden Ausgabeposten zusammen.*

① Der Änderungsantrag Nr. 3 wird mit 19 zu 6 Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 1 Stimme den folgenden

Beschluss

Das "Budget 2026 inkl. Investitionsplanung" sind zuhanden der zweiten Lesung (am 20. November 2025) zu überarbeiten.

51. Finanz- und Investitionsplan 2026 - 2030; Genehmigung (1. Lesung)

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Gerardo Grasso (FDP): Der Finanzplan steht in der Abhängigkeit des Budgets. Es macht keinen Sinn, heute Abend über diesen zu diskutieren. **Der Gemeinderat zieht das Geschäft zurück.**

Colette Nova (SP): Wir sind uns bewusst, dass das Budget und der Finanzplan in kürzerer Zeit als üblich ausgearbeitet werden mussten und danken für den grossen Einsatz. Leider hat diese schnellere Arbeitsweise im Finanzplan Spuren hinterlassen, die korrigiert werden müssen:

- Seite 22: Für die Jahre 2028 und 2029 wurden bizarre Annahmen zu den Steuereinnahmen gemacht: Das Wachstum der Steuereinnahmen wurde in beiden Jahren auf 0.9 % gesenkt - und dann nachher wieder auf 4 % angehoben (im letzten Finanzplan war es in diesen 3 Jahren 1.9 %).
- Gleiche Seite; unterste Zeile: Warum wurden unter dem Titel «Zuwachs aufgrund Neuzüger» die Einnahmen in diesen beiden Jahren manuell um 670'000 resp. 770'000 Franken gesenkt - und dann im 2030 wieder auf 820'000 erhöht? Beide Eingriffe sind unlogisch und werden nirgends kommentiert.
- Den Fiskalertrag auf Seite 22 kann man sowieso nicht schlüssig nachvollziehen - es fehlen ganz viele Informationen (Vergleich mit dem Finanzplan vom letzten Jahr).
- Auf der Seite 7 und der Seite 60 stehen unterschiedliche Zahlen zum Fiskalertrag und ein anderer Steuerertrag.
- Ich finde es auch seltsam, dass die Wohnbevölkerung im Jahr 2026 einen grossen Sprung machen, im Jahr 2027 aber wieder zurückfallen soll (Seite 61).
- Auf Seite 7 sieht man beim Personalaufwand auch eine «Handorgel»: von 2026 auf 2027 sinkt der Aufwand um 1.1 Mio. Franken (ca. 7 FTE³), um dann auf 2029 plötzlich um 1.9 Mio. Franken (ca. 16 FTE) zu steigen. Der Anstieg ist nicht nachvollziehbar.

Im Zusammenhang mit dem Rückzug wird der Gemeinderat aufgefordert, die erwähnten Positionen zu überarbeiten.

Neben den handwerklichen Mängeln gibt es noch Probleme mit einigen wichtigen Annahmen, die im Finanzplan stecken. Hier handelt es sich eher um grundsätzliche, politische Fragen:

- Von den zwischen 2025 und 2030 geplanten Investitionen des «Allgemeinen Haushaltes» von 141 Mio. Franken fliessen nur 60 % in die Finanzplanung ein. Wir müssen aber davon

³ Vollzeitstellen

ausgehen, dass die grossen laufenden Investitionen von rund 80 Mio. Franken zu 100 % realisiert werden. Wenn man das berücksichtigt, dann fehlen in der Planung rund 8 Mio. Franken aufsummierte Abschreibungen und 2 Mio. Franken aufsummierte Zinsen. Mit der Folge, dass per 2030 alle drei Kennzahlen zu positiv dargestellt sind:

1. Der Bilanzüberschuss wird zum Bilanzfehlbetrag;
 2. der Bruttoverschuldungsanteil im Allgemeinen Haushalt erhöht sich auf 185 %;
 3. die Nettoschulden pro Einwohner im Allgemeinen Haushalt erhöhen sich auf 8'000 Franken.
- Der Gemeinderat rechnet zwischen 2027 und 2030 mit einem Ertrag aus Mehrwertabgaben von 11.25 Mio. Franken. Diese 11.25 Mio. Franken sind weder zeitlich noch in der Höhe gesichert. Dann ist es aber gefährlich, auf so etwas Unsicheres zu bauen - das ist «Bauen auf Sand». Im 2030 wäre diese Reserve dann leer.
 - Ich komme zur GGR-Botschaft: Da steht richtigerweise, dass die Verschuldung deutlich ansteigt. Und dass mit dieser höheren Verschuldung der Bruttoverschuldungsanteil und die Nettoschuld pro Einwohner die Grenzen der Finanzstrategie übersteigen werden. Auch diese Aussage ist richtig. Nur die Kennzahlen auf Seiten 4/5 stimmen leider überhaupt nicht, selbst wenn man das Problem mit dem Realisierungsgrad der Investitionen weglässt: Die Schulden betreffen nämlich nur den Allgemeinen Haushalt, nicht den Gesamthaushalt. Deshalb beträgt der Bruttoverschuldungsanteil im 2030 nicht 115 %, sondern 146 %! Ebenso betragen, immer gemäss diesem Finanzplan, die Schulden pro Einwohner nicht nur 4'965 Franken, sondern 5'676 Franken! Dass man die Schulden über den Gesamthaushalt verteilt, statt sie dort ausweist, wo sie hingehören, nämlich nur im Allgemeinen Haushalt, ist Selbstbetrug.
 - Ich würde auch gerne wissen, woher die Gewissheit kommt, dass die Zinsen auf absehbare Zeit tief sein werden. Auf kurze Frist sieht es zwar so aus. Aber woher will man wissen, wie das in drei bis fünf Jahren aussieht? Und was, wenn das dann nicht so ist? Bei hohen Schulden wirkt sich sowsas sofort aus.

Der Gemeinderat muss bei diesem Finanzplan nochmals über die Bücher.

Finanzverwalter Thomas Lauener: Vielen Dank an Colette Nova (SP) für die Hinweise. Die Botschaft muss noch etwas detaillierter ausformuliert werden. Es gibt noch Erklärungen:

Die eine ist, dass wir die laufenden grossen Bauprojekte bei den Bevölkerungsentwicklern, entsprechend den Erträgen aus den Steuereinnahmen, berücksichtigen, und diese schliessen halt in bestimmten Jahren ab und erzeugen bei den Steuereinnahmen plötzlich einen Anstieg.

Das Zweite ist bei den Fiskalerträgen (nämlich HRM2). Der Betrag aus Mehrwertabschöpfungen spielt mit. Also jedes Mal, wenn wir jetzt genau am Abschluss eines so grossen Bauprojekts auch Mehrwertabschöpfungen erwarten, dann macht auch wieder der Fiskalertrag einen Sprung. Das sieht man auf den ersten Blick nicht, und das wirkt nachher in den Zahlen sehr komisch.

Selbstverständlich werden wir den Finanzplan nochmals auf Fehler hin prüfen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

B e s c h l u s s

Der "Finanzplan inkl. Investitionsplan 2026 bis 2030" werden vom Gemeinderat zurückgezogen. Die Dokumente sind zuhanden der zweiten Lesung (am 20. November 2025) zu überarbeiten.

52. Wasserbauplan Worble; Projekt «Renaturierung und Hochwasserschutz Worble»; Genehmigung Gesamtkredit

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Das Ratsbüro ist froh für pro und contra Argumentationen zum vorliegenden Geschäft. Diese werden als dann in die Abstimmungsbotschaft übernommen.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ich möchte ein paar einführende Worte zu diesem Projekt abgeben:

1. Das Projekt ist keine freiwillige Leistung. Die Gemeinde hat eine Wasserbaupflicht und diese beinhaltet Hochwasserschutz und Renaturierungsmassnahmen. Wir haben den Willen, das effizient umzusetzen. Projekt verschieben heisst in diesem Fall Mehrkosten und nicht Sparen. Wir sind gewillt, dieses Projekt parallel zum RBS-Doppelspur-Ausbau zu realisieren. Wenn wir es nicht realisieren können, kostet es die Gemeinde Ostermundigen mindestens 1 Millionen Franken mehr.
2. Die Besonderheit dieses Projekts ist, dass wir einen Bruttokredit beantragen; das ist ein wenig verwirrend. Das Parlament und der Souverän müssen den Wasserbauplan beschliessen. Erst nach der Genehmigung können beim Kanton die Subventionen (in der Grössenordnung von 60 %) eingefordert werden.
3. Am 20. August 2025 wurde zu diesem Projekt eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Leider waren nicht alle Fraktionen anwesend.

Franziska Brunner (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt das Projekt und wird dem Gesamtkredit zustimmen. Zudem bleibt das Wasserbaugeschäft bestehen, auch wenn der GGR resp. das Volk nein sagt.

Ich persönlich bin oft mit dem Hund an der Worble unterwegs und stelle fest, dass das Land oft überschwemmt ist. Deshalb ist der Hochwasserschutz an der Worble nötig. Bisher fliesst die Worble unterhalb des Bernapark. Das Projekt beabsichtigt, das Flussbett über Ostermundiger Land zu führen. Ausserdem wird das Projekt zu 60 % vom Kanton subventioniert. Die Kosten werden nicht "gedeckelt".

Deshalb empfehlen wir die Annahme des Wasserbauplans Worble.

Yasmin Dressler (SP): Eine vielfältigere Natur, ein wertvolles Naherholungsgebiet und ein verbesserter Hochwasserschutz - das Worble-Projekt bringt wirklich viele Mehrwerte!

Fliessgewässer gehören zu den vielfältigsten Lebensräumen der Erde. Viele Flüsse und Bäche sind in der Schweiz aber begradigt, werden intensiv genutzt und haben ihre natürliche Dynamik verloren. Die schweizerische Gewässerschutzgesetzgebung verlangt, dass den Flüssen und Bächen ausreichend Gewässerraum zugewiesen wird, sodass die ökologischen Funktionen des Gewässers gewährleistet sind und ihre Wasserqualität erhalten bleibt.

Genau wie die ökologischen Funktionen des Gewässers muss auch der Hochwasserschutz gewährleistet sein. Die Pflicht zum Hochwasserschutz und zur Revitalisierung von Fließgewässern liegt bei der Gemeinde.

Die Worble weist im Projektperimeter sowohl Hochwasserschutzdefizite als auch ökologische Defizite auf. Wir sind als Gemeinde somit verpflichtet, den Hochwasserschutz an der Worble zu verbessern. Es geht dabei um den Schutz von Gebäuden und Infrastrukturen flussabwärts, aber auch um die Gebäude auf Ostermundigen Boden nahe Stettlen. Die Gemeinde wird dabei von Kanton und Bund finanziell unterstützt. Der Kanton Bern hat einen Renaturierungsfonds. Von diesem Fond kann ein Beitrag an das Projekt erwartet werden. Auch der Ökofonds der BKW und Versicherungen wie «Die Mobiliar» unterstützen Revitalisierungs- respektive Hochwasserschutzprojekte. Die Grundsubvention von Bund und Kanton beträgt für Hochwasserschutzprojekte 60 %. Es werden somit mindestens 60 % der Kosten des Projektes übernommen. Da das vorliegende Projekt über das Minimum an naturnaher Gestaltung hinausgeht, kann das Projekt bis zu 80 % subventioniert werden.

Das vorliegende Projekt ist auf den Doppelspurausbau der RBS abgestimmt. Es ist finanziell sinnvoll, den Wasserbauplan Worble jetzt zu beschliessen. Werden die Bauarbeiten erst nach dem Doppelspurausbau ausgeführt, kann dies zu Mehrkosten von ca. 1 Mio. Franken führen.

Wir von der SP Ostermundigen sind vom vorliegenden Projekt überzeugt. Der Hochwasserschutz wird verbessert, die Worble ökologisch aufgewertet. Es wird in Zukunft Platz für mehr Pflanzen und Tiere haben. Und es wird eine Möglichkeit für Naherholung für die Bevölkerung geschaffen. Wir freuen uns, wenn der Wanderweg "worbletalwärts!" in Zukunft entlang des neu revitalisierten Abschnitts der Worble geführt werden kann.

Myriam Zürcher (EVP): Im Namen der EVP-Fraktion möchte ich mich bei der Abteilung Tiefbau und Betriebe für die Infoveranstaltung bedanken!

Das Thema „Wasserbauplan Worble“ beschäftigt die Mitarbeitenden der Gemeinde Ostermundigen seit rund 20 Jahren. Und es ist heute nicht weniger von Bedeutung als damals. Denn alle 3,6 Jahre haben wir ein 100-Jahr-Ereignis, kürzlich sogar innerhalb eines Monats zweimal, hier bei uns in Ostermundigen.

Wir sind froh, dass dieses langwierige Projekt nun hoffentlich vollendet wird. Dass dieses Projekt mit dem Ausbau der RBS auf Doppelpurigkeit in diesem Gebiet koordiniert wurde und somit viel Geld und Ressourcen gespart werden können, begrüssen wir sehr.

Die geplante Renaturierung und die Herstellung der Durchgängigkeit des Pfads „worbletalwärts“ sind eine schöne und sinnvolle Aufwertung für Mensch und Umwelt in diesem Gebiet.

Die EVP-Fraktion wird den Gesamtkredit genehmigen.

Adrian Tanner (Grüne): Wir haben bereits gehört, das Projekt erspart uns eine Millionen Franken, wenn wir dieses zusammen mit dem RBS-Doppelspurausbau realisieren. Falls das Projekt von uns abgelehnt wird, setzen wir insgesamt 400'000 Franken für die Planung in den Sand und wir riskieren neue Einsprachen. Wir haben das Geschäft in zwei Etappen aufgeteilt: Die erste Etappe "West" und die zweite Etappe "Ost". Die zweite Etappe muss von der Gemeinde Stettlen finanziert werden.

Es ist sehr wichtig, dass man lokale Massnahmen zum Hochwasserschutz ergreift. Es ist auch wichtig, dass man etwas gegen den Klimawandel macht. Das ist aber nicht eine konkrete Massnahme, die wir hier besprechen. Die Worble ist sehr schön, wenn sie renaturiert ist. Zwischen Stettlen und Worb gibt es bereits viele renaturierte Strecken von Gewässer.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 37 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Wasserbauplan im Abschnitt Rörwilbrücke bis Bahnhof Deisswil wird zu Handen der kantonalen Genehmigung beschlossen.
2. Für das Projekt «Renaturierung und Hochwasserschutz Worble Abschnitt Rörwilbrücke bis Schwandiweg» wird zu Lasten der Investitionsrechnungen ein Gesamtkredit von CHF 3'967'000.00 (inkl. MWSt.) bewilligt.
3. Die Vorlage wird in Anwendung von Artikel 32 der Gemeindeordnung den Stimmberichtigten zum verbindlichen Beschluss unterbreitet.

Axioma #8436

42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung

53. Abwasserentsorgung; Kilchgrundstrasse; Neubau Mischabwasserleitung (Vermischung); Genehmigung Investitionskredit

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ich mache es kurz: Zuerst danke ich dem Rat für die einstimmige Zustimmung zum Projekt "Gewässerschutz Worble" und freue mich darauf, die Beratungen vorzunehmen.

Zum vorliegenden Geschäft: Dieses hängt mit dem nächsten Geschäft zusammen. Es ist die Neuauflage eines Projekts, das wir abbrechen, weil es nicht so funktioniert, wie wir es uns in der Planung vorgestellt haben. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es mit Blick auf die Kosten sinnvoller ist, diese abzubrechen und ein neues zu realisieren.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 36 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Für den Neubau der öffentlichen Abwasserleitung in der Kilchgrundstrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung der gebührenfinanzierten Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung ein Kredit von CHF 775'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

Axioma #8436

42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung

54. Abwasserentsorgung; Kilchgrundstrasse/Parkstrasse; Neubau Mischabwasserleitung (Vermischung); Sistierung und Kredit-abrechnung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Der Grosse Gemeinderat fasst ohne Diskussion mit 36 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der vom Grossen Gemeinderat am 23. Mai 2023 bewilligte Neubau der öffentlichen Abwasserleitung in der Kilchgrundstrasse/Parkstrasse wird sistiert.
2. Von der Kreditabrechnung über den Neubau der öffentlichen Abwasserleitung in der Kilchgrundstrasse/Parkstrasse, abschliessend mit der Kostensumme von CHF 45'571.45 (inkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

Axioma #2921

40.2.42 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung

55. Leitungserneuerungen Wasser, Abwasser und Strassenentwässerung; Gerbestrasse (Abschnitt Oberdorfstrasse - Obere Zollgasse); Kreditabrechnungen

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 36 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Von der Kreditabrechnung über die Leitungserneuerungen Wasser in der Gerbestrasse (Abschnitt Oberdorfstrasse - Obere Zollgasse), abschliessend mit der Kostensumme von CHF 610'901.54 (inkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.
2. Von der Kreditabrechnung über die Leitungserneuerungen Strassenentwässerung in der Gerbestrasse (Abschnitt Oberdorfstrasse - Obere Zollgasse), abschliessend mit der Kostensumme von CHF 1'454.80 (inkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

⁴⁾

⁴⁾ 21.00 Uhr: Luca Alberucci (glp) verlässt die Sitzung. Es sind noch **36 Ratsmitglieder** anwesend.

Axioma #7818

42.3.01 Reglemente, Vorschriften, Weisungen

56. Genereller Entwässerungsplan (GEP); Überarbeitung; Kreditabrechnungen

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grossen Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung über die Überarbeitung des «Generellen Entwässerungsplans (GEP)», abschliessend mit der Kostensumme von CHF 308'102.05 (inkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

57. Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich ein Mitunterzeichner des Postulates zum Geschäft äussern.

Hans Peter Friedli (SVP): Besten Dank für die ausführlichen Informationen in der Botschaft.

Mit der Umsetzung für diesen Ausbau der Elektromobilität sieht die SVP-Fraktion einmal mehr, dass die Gemeinde eine Aufgabe übernehmen will, die nicht ihren Kernkompetenzen entspricht und Sache der Privatwirtschaft ist. Aber sicher nicht der Gemeinde.

Sie hat ja in der Vergangenheit wie auch heute keine Treibstoff-Tankstellen gefördert oder unterstützt.

Die vorgesehenen Investitionen entsprechen auch nicht unseren finanziellen Verhältnissen. Gerade hier kann das Parlament zeigen, dass es mit der Ausgabenpolitik des Gemeinderates nicht einverstanden ist. Ein dringender Handlungsbedarf besteht heute und auch in naher Zukunft nicht. Es darf nicht sein, dass Kabel verlegt und Netzkostenbeiträge im Voraus von uns Steuerzahlenden bezahlt werden.

Was ein attraktiver Standort für die Gemeinde ist, ist für einen Investor und Betreiber evtl. weniger attraktiv. Wenn schon müsste er in die Planung involviert werden. Und wenn nicht, wird er die Lademöglichkeit gar nicht annehmen. Und was haben wir? Eine teure Vorinvestition getätigt und bezahlt, die keiner will.

Auf einen Vertrag über 10 bis 20 Jahre mit nicht rentablen Ladestationen wird sicher kein Unternehmer eingehen.

Die Erträge, sowie die prognostizierte Anzahl Fahrzeuge bzw. Ladezyklen sind sehr ungenau und optimistisch berechnet. Das gilt auch für die Amortisationszeit bis zu 20 Jahren. Niemand kann Wissen, was dann ist.

Ebenfalls scheint uns der prognostizierte Bedarf an Lademöglichkeiten sehr hoch, wenn man sieht, wie vorhandene Einstellhallen ausgebaut werden und bestehende Standorte in Betrieb sind.

Wir wissen auch, dass dieser Entscheid in der Kompetenz des Gemeinderates ist. Darum frage ich mich, warum werden für solche Geschäfte im GGR noch Anträge gestellt? Und wir noch aufgefordert werden einen Beschluss zu fassen, wenn wir trotzdem nichts zu entscheiden haben. Für mich ist das eine "Orientierung" und den Aufwand nicht Wert.

Anschliessend wird die spezielle Sichtweise aus dem Blickwinkel eines Unternehmers dargestellt.

Marcel Falk (SP): Die Elektromobilität wird zunehmen. Das ist global sinnvoll (Stichwort Klima), und bringt lokal weniger Abgase und Lärm. Zudem wird eine adäquate Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge wohl zunehmend auch zu einem Standortfaktor.

Bei der Elektromobilität gibt es ein Huhn/Ei-Problem. Wer keine praktische Lademöglichkeit verfügbar hat oder sich keine Einrichten kann, kauft sich kein eAuto. Deshalb ist es sinnvoll, wenn die Gemeinde im Sinne der Ankurbelung Gelder vorinvestiert, die sie später wieder einholen kann. Das umsichtige Vorgehen der Gemeinde basierend auf der fundierten Studie begrüßt die SP/Gewerkschaften-Fraktion sehr.

Wichtig ist auch die Aussage, dass die Förderung von Fuss- und Veloverkehr und des öV Vorrang haben. Dies ist richtig. E-Autos bieten gewisse Vorteile, fressen aber immer noch viel Raum, viel Energie und Materialien.

Die Schlussfolgerungen sind übrigens auch im Sinne von Christian Zeyer. Er findet den gewählten Ansatz richtig und gibt zu bedenken, dass die technische Infrastruktur so konstruiert sein soll, dass das Stromnetz nicht übermäßig ausgebaut werden muss. Sprich: je nach Netzauslastung braucht es wohl eine Drosselung des Ladetempos.

Béla Filep (Mitte): Es steht ausser Frage, was die Elektromobilität ist. Auch Investitionen in die Elektromobilität sind wichtig. Aber aus unserer Sicht ist es nicht die Aufgabe der Gemeinde, steuerergänzend in öffentliche Ladestationen zu investieren. Andere Gemeinden scheinen da auch eher zugehalten zu sein, wie man auch in Botschaften gesehen hat. Es gibt andere Möglichkeiten: die Gemeinde kann ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren machen. Es gibt auch die Möglichkeit, in die Elektromobilität zu investieren.

Vielleicht noch zwei kritische Bemerkungen zur Machbarkeitsstudie: Sie sind an und für sich aufschlussreich. Aber ich habe mich gefragt, wie es zum Beispiel andere Länder machen? Weil dort die Elektromobilität gefördert wird (z. B. Norwegen) oder ob es andere Modelle gibt, und die Gemeinden sind nicht unbedingt die wichtigsten Träger von Partnern. Das ist der eine Punkt, und wir haben auch ein wenig die fehlende Einbindung in die Förderlandschaft. Es gibt zum Beispiel Energie Schweiz oder für die Gemeinden gibt es Fördergelder für Machbarkeitsstudien oder zum Beispiel für Betriebsoptimierungen.

Wir haben erwartet, dass man dort auch die Route, die allenfalls für die Gemeinden gelten, beziehen kann, wenn sie ihre Elektromobilität investieren müssen.

Adrian Rutsch (SVP): Für mich ist es existenziell, was in nächster Zeit mit der Elektromobilität passiert. Die Anliegen resp. Entwicklungen werden etwas halbherzig umgesetzt.

- Rechts «würde niemals ein E-Auto fahren»
- Links «würde niemals ein (E-)Auto fahren»

Dementsprechend bewegt sich wenig.

Wir haben in Ostermundigen 378 Autos auf 1'000 Einwohner. Der Durchschnitt in der Schweiz liegt bei 540 Autos auf 1'000 Einwohner. Hier sind wir nicht so schlecht unterwegs.

Wir sind jedoch unter Druck mit den CO₂-Zielen:

Die Zielwerte für die Autobranche sind ganz klar definiert: 2020 - 2024 = 118 g/km pro Kilometer und Fahrzeug. Seit diesem Jahr liegt der Durchschnitt 2025 - 2029 93.6 g/km und ab 2030 nur noch 49.5 g/km.

Der kleinste Verbrenner, der heute bei uns verfügbar ist, liegt bei uns 126 g/km. Da liegen wir bereits im Bereich von 20 % Elektromobilität in den Jahren 2025 - 2030. Bis ins Jahr 2030 müssen 75 % durch Elektromobilität abgedeckt werden.

Die Studie schlägt nun drei Szenarien vor A (nichts machen) / B (Mischform) / C (die Gemeinde übernimmt alles). Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die Variante B der richtige Weg ist. In der Studie zu Variante B wird als Titel folgendes erwähnt:

Öffentlicher Grund wird Dritten zur Verfügung gestellt und Aufbau auf privatem Grund wird unterstützt.

- Ich habe beobachtet, dass der Aufbau von Ladestationen bei Hauseigentümern resp. den Eigentümern von selbstbewohnten Liegenschaften meines Erachtens gut läuft. Die Hürden für Bewilligungen sind möglichst tief zu halten. Die Kapazität für zwei bis drei Liegenschaften ist meistens mit bestehender Infrastruktur gegeben. Für das Gewerbe grösserer Mietliegenschaften (welche vielfach institutionellen Anlegern gehören) geht es vielfach schleppend. Weil die benötigten Kapazitäten grössere Investitionen bedeuten.

Hier ein Beispiel aus dem Alltag eines Gewerbetreibenden:

- Dazu möchte ich auf dem Visualizer ein Bild von unserem Garage Areal inkl. den Autoabstellplätzen entlang des Bahndammes am Schermenweg zeigen. Hier kann ich mir mittelfristig vorstellen, 25 bis 30 öffentlich zugängliche Ladestationen aufzustellen. Mein Problem besteht darin, wie bringe ich die Kapazität an diesen Ort?
- Seit vier Jahren bin ich mit den SBB in Verhandlung. Die Hochspannungsleitungen der SBB und die Geleise Anlagen werden in den nächsten Jahren komplett umgegraben. Die Baubewilligungsphase ist kürzlich abgeschlossen worden. Ich habe keinen Zugang (Kontaktperson) zu den SBB finden können. Am Schluss musste ich gegen das geplante Bauvorhaben Einsprache erheben.

Daher nehme ich zur Kenntnis - (um Kenntnisnahme wurde gebeten) würde mir aber folgende Ergänzungen in der Phase 1 wünschen:

1. Ladestationen auf öffentlichem Grund bauen wir unter folgender Prämissen:
Vorerst keine langfristigen Verpflichtungen/Verträge (womöglich an den besten Standorten) mit kommerziellen Anbietern einzugehen, sondern den Aufbau solcher Ladestationen möglichst günstig und zeitlich befristet zu betrachten (einfache Mietanlagen wie z. B. BKW), bis die Privaten (Gewerbe, Institutionelle Anleger etc.) ihre Projekte umgesetzt haben. Die Entwicklung ist noch unklar (Studie von EBP warnt vor «Cherry Picking» = Rosinenpflücke).
2. Zwischenzeitlich prüft der Gemeinderat kommende Technologien mit dem Netzpartner
 - Tiefbau/BKW: Wie weit sind neue Technologien wie z. B. V2G-Technik bereits bei den beiden Grossbaustellen SBB und Tram einzuziehen, dass wir modernste Infrastrukturen bauen.

- Vernehmlassung des ASTRA zu Besteuerung der Elektromobilität verfolgen und in die Projekte einbeziehen. Wird hier technische Infrastruktur benötigt?
- Das Gewerbe informieren und Möglichkeiten aufzeigen, wie während diesen Baustellen, Anlagen mit grösserer Kapazität möglichst kosteneffizient aufzustellen wären. Die Gemeinde koordiniert dabei und kommuniziert. Begleitung in den Bewilligungsverfahren etc.
- Schnellladeanlagen: Kontaktaufnahme mit Tankstellen entlang der Bernstrasse. Welche Grundstücke würden sich besser eignen für den Bau von Schnellladeanlagen weder diese?
- Der Gemeinderat überlegt sich wie die Gemeinde selbst als attraktiver Arbeitgeber (und auch Hauseigentümer) in eigener Sache die e-Mobilität fördern kann.
- Kontaktaufnahme mit Eigentümern Liegenschaften mit grossen Einstellehallen, welche bis heute keine Lademöglichkeiten anbieten und insbesondere im Perimeter der beiden Baustellen Anschlussmöglichkeiten aufzeigen und koordinieren.
- Allenfalls ist in dieser Sache eine Arbeitsgruppe aufzubauen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Sorry, wenn ich schnell dreinrede: Es ist ein Hochbaugeschäft, und da kann die Departementsvorsteherin Hochbau viel besser Auskunft geben als ich. Aber ich möchte schnell noch zwei, drei Punkte dazu sagen, die Adrian Rutsch (SVP) angesprochen hat:

1. Bei Neubauten ist es so, dass die Baugesuche nur dann noch bewilligt werden können, wenn alles vorbereitet ist, mit der Ausnahme der Roh Box, sonst erhalten sie gar keine Baubewilligung mehr. Es ist eine grosse Herausforderung. Dort können wir - und wir sind noch nicht bei den Anreizen, sondern im verpflichteten Rahmen Eigentümer von Einstellehallen, die eben nicht den Eigentümer selber entscheiden können, sondern unter einem Mietverhältnis sind - dazu verpflichten, dass sie zumindest die Leitung so vorbereiten, dass nachher nur noch die Roh Box anhängen. Wir haben leider konstatieren müssen, dass wir niemanden rechtlich verpflichten können.
2. Der zweite Punkt ist sehr eng. Wir sind mit der BKW im Austausch, nicht bezogen auf die ganze Thematik der "Sanierung Bernstrasse". Die BKW kämpft im Moment: Sie gehen im Moment von zwei Milliarden Franken an Investitionsvolumen in den nächsten zehn Jahren aus - die sie für eine genaue erreichen Thematik müssen. Auf der einen Seite sind genug Kapazitäten zu liefern, denn die Gewerbetreibenden, die viel Strom benötigen, müssen zeitweise den Strombezug reduzieren (keine Stromüberlastung). Das ist ein Punkt und ein fast gleich problematisches Thema ist, dass das BKW-Netz im Moment nicht dazu ausgebaut ist, wenn man mit Energie oder mit PV kommt, und sie das einspeisen sollten.

Ulrich Steiner (SVP): Ich möchte noch eine prozessuale, rechtliche Frage anbringen:

Das Geschäft wird uns zur "Kenntnisnahme" vorgelegt. Gewisse Sachen sind für mich in Ordnung und gewisse Sachen nicht. Habe ich die Möglichkeit einer "ablehnenden Kenntnisnahme"?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir sprechen von einer "Richtlinien Motion/Postulat". Die Variante B kostet - Irrtum vorbehalten - ca. 200'000 Franken. Die Umsetzung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates.

Wenn das Parlament diese Variante B nicht will - der Gemeinderat kann aber nicht verpflichtet werden - dann sprechen wir von einem "politischen Auftrag". Was der Gemeinderat damit macht, kann er selber entscheiden.

Departementsvorsteherin Hochbau Emsale Selmani (SP): Es geht hier um Stationen, die auf dem öffentlichen Grund zur Verfügung gestellt werden sollen, d. h. also für alle öffentlich zugänglich.

Die Variante B sieht vor, dass wir bis ins Jahr 2028 16 Ladestationen aufbauen. Wir wollten die Zahl 16 nicht derart stark steuern, dass wir sagen, wir machen es so. Wenn wir sehen, dass die Privatwirtschaft am Aufbauen ist, werden wir diesen den Vorrang geben.

Also, wir sind jetzt nicht so eingestellt, dass wir jetzt diese 200'000 Franken verbrauchen. Die Privaten sollen bauen und wenn wir sehen, dass es trotzdem noch Bedarf gibt, dann schauen wir, dass wir die gleichen öffentlich zugänglichen Stationen aufbauen.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 28 zu 4 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität; Umsetzung - Der Grosse Gemeinderat nimmt die vom Gemeinderat vorgesehene Rolle der Gemeinde Ostermundigen und die geplante rollende Planung im Bereich der allgemein zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektromobilität sowie die schrittweise Umsetzung der 1. Etappe zur Kenntnis.

Axioma #10627

10.3.74 Interpellationen

58. Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Bezug von Sozialhilfegeldern nach Einbürgerung? Wie nachhaltig ist unser System?; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Franziska Brunner (SVP): Ich möchte mich beim Abteilungsleiter und dem Gemeinderat herzlich bedanken für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Und alles weitere kann in der "Bantiger Post" nachgelesen werden.

B e s c h l u s s

Die Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Bezug von Sozialhilfegeldern nach Einbürgerung? Wie nachhaltig ist unser System? wird schriftlich beantwortet.

Axioma #10651
10.3.74 Interpellationen

59. Interpellation Luca Alberucci (glp) betreffend die Hauptgründe und -Treiber für die bisherige Entwicklung der Finanzlage von Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Luca Alberucci (glp) hat die Beantwortung bereits im Vorfeld verdankt.

B e s c h l u s s

Die Interpellation Luca Alberucci (glp) betreffend was sind die Hauptgründe und -treiber für die bisherige Entwicklung der Finanzlage von Ostermundigen wird schriftlich beantwortet.

60. Orientierungen des Gemeinderates

Axioma #9654

10.22.5.91 Regionalplanung
10.22.7.1 Revision Nutzungsplanung

a) Fussballcampus Region Bern; Orientierung aktueller Stand

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die beiden Geschäfte hängen sehr eng miteinander zusammen. Ich möchte einen kurzen Blick in den Stand der «Überbauungsordnung Fussballcampus in der Region Bern» geben:

Es wurde sehr intensiv gearbeitet. Wir haben viele Projektänderungen von spezieller Natur vorgenommen. Das Ganze kennt noch einen kleinen Haken: Die Gemeinderäte von Bolligen und Ostermundigen müssen der Überbauungsordnung noch zustimmen. Anschliessend wird der Mitwirkungsbericht allen, die eine Mitwirkungseingabe gemacht haben, zugestellt bzw. es wird einen Link auf die Projektwebsite geschaltet. Mitte September 2025 wird es eine Medienmitteilung geben, mit den wichtigsten Punkten:

1. Darin werden die Infoveranstaltungen angekündigt - es sind deren drei.
 - a. Es gibt am 15. Oktober 2025 um 19 Uhr im «Reberhaus» in Bolligen eine Informationsveranstaltung, für die Vereine und für die Parteien von Bolligen und Ostermundigen zusammen.
 - b. Es gibt je einen Informationsanlass am 27. Oktober 2025 um 19.30 Uhr bei der Firma Beer Holzbau in Ostermundigen (da dürfen auch Bolligerinnen und Bolliger teilnehmen).
 - c. Am 28. Oktober 2025 ebenfalls um 19.30 Uhr, wird im «Reberhaus» Bolligen ein Informationsanlass für Bolligerinnen und Bolliger stattfinden.
2. Mit der Verabschiedung der überarbeiteten Überbauungsordnung (ÜO) ist es das Ziel, dass man noch im September den Vorprüfungsprozess beim Kanton (AGR) starten kann.

Axioma #10544

10.3.74 Interpellationen

- b) Interpellation SP-Fraktion betreffend Finanzierung und langjähriger Betrieb eines Hallenbades im Rahmen des Fussballcampus Region Bern; schriftliche Beantwortung; Fristverlängerung bis 4. Dezember 2025 durch Büro GGR**

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Bearbeitung hat nicht vorgenommen werden können. Das Büro GGR hat dem Gemeinderat eine weitere Fristverlängerung gewährt. Es ist nun das Ziel, die Beantwortung am 4. Dezember 2025 im Grossen Gemeinderat vorzunehmen.

i) Blick in die Werkstatt

Am letzten Freitag konnten die Gemeinderäte von Bolligen, Ittigen und Ostermundigen erstmals zusammen über das Projekt "Hallenbad Bolligen" diskutieren und starten. Der Schwung soll mitgenommen werden.

Ein positiver Aspekt liegt darin, dass das Hallenbad nicht mehr an die Dreifachturnhalle gekoppelt ist. Das Ganze ist kostenmässig sehr anspruchsvoll. Das Hallenbad und die Dreifachturnhalle werden auf das gleiche Bodenniveau gebracht. Mit diesem Vorgehen können die Kosten um die Hälfte reduziert werden.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Heute Abend sind diese parlamentarischen Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Dringliche, überparteiliche Motion betreffend Massnahmen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen (--> das Ratsbüro hat der Dringlichkeit zugestimmt)
- Überparteiliche Motion betreffend das Reglement über die Mehrwertabgaben
- Motion glp-Fraktion betreffend «Aufnahme einer Personalplanung im Budgetprozess»
- Motion Jorgo Ananiadis (Piraten) betreffend effiziente Budgetlesungen

61. Dringliche, überparteiliche Motion betreffend Massnahmen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen; parlamentarischer Neueingang inkl. Erheblicherklärung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, rasch wirksame Massnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen umzusetzen. Er nutzt dabei bereits bestehende Programme und Aktionen des Kantons, anderer Gemeinden und zivilgesellschaftlicher Organisationen, zum Beispiel die Präventionskampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen». Er macht bestehende Angebote wie «AppElle!», die Notrufnummer der Frauenhäuser im Kanton Bern, bekannt und setzt dabei auf eine zeitgemässen, einfache Kommunikation in mehreren Sprachen.

Begründung

Bereits 23 Frauen und Mädchen wurden dieses Jahr (Stand Ende August) in der Schweiz von Männern aus ihrem Umfeld getötet. Häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen kommt in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus vor. Femizide sind oft das tödliche Ende einer langen Gewaltspirale. Die Schweiz macht viel zu wenig, um Frauen und Mädchen vor häuslicher und sexualisierter Gewalt zu schützen. Sie steht im internationalen Vergleich sehr schlecht da. Es gibt kein nationales Gewaltschutzgesetz und nicht einmal offizielle Statistiken zu Femiziden. Umso wichtiger ist es, dass Kantone und Gemeinden sich an bestehenden Unterstützungs- und Beratungsangeboten beteiligen bzw. sie bekannt machen. Betroffene Frauen und Mädchen oder Personen aus Ihrem Umfeld müssen wissen, an wen sie sich im Notfall wenden können.

eingereicht GGR-Sitzung 4. September 2025

sig. Kathrin Balmer (SP), S. Stalder, M. Schneider, C. Nova, M. Zürcher (EVP), Y. Dressler, P. Stettler, J. Renner, M. Falk, K. Ernst (Grüne)

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (glp): Der Gemeinderat nimmt den "Vorstoss mit Dringlichkeit" entgegen. Die Umsetzung muss primär die Zuständigkeiten (Kanton / Gemeinde) regeln. Doppelarbeiten sollen vermieden werden. Wir werden keine neuen Broschüren erstellen. Die Informationen des Kantons sollen systematisch zugänglich und transparent gemacht werden. Die offene Jugendarbeit und die Schulen sollen zum Thema sensibilisiert werden. Eine grosse Auslegeordnung konnte in so kurzer Zeit nicht vorgenommen werden. Die Gemeinde Ostermundigen liegt bei solchen Vorfällen nicht an der Ranglistenspitze und dies trotz unserer Bevölkerungsstruktur. Wir sind eine sichere Gemeinde. Nichtsdestotrotz werden wir am Thema weiterarbeiten.

In Bezug auf die im Vorstoss erwähnten Übersetzungen werden wir keine weiteren vornehmen. Bei der Opferberatung des Kantons Bern werden wir uns für die notwendigen Übersetzungen einsetzen. Dieses Bedürfnis ist sicher im ganzen Kanton Bern vorhanden.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliki Panayides (SVP): Ich kann dahingehend ergänzen, das wir deshalb eine sichere Gemeinde sind, weil wir natürlich ein besonderes Augenmerk auf die Integration haben. Das ist ja im Wesentlichen auch ein Problem einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. Diese vertritt gewisse andere Werte. Auch bei den Integrationsgesprächen (wir haben auch die Integrationsfachkommission) und den Erstgesprächen legen wir ein besonderes Augenmerk - wenn sich jemand in Ostermundigen anmeldet. Seit langer Zeit haben wir sehr viele Fachleute, die sehr engagiert sind.

Also, es funktioniert! Von daher können wir jetzt noch die Lücke schliessen, aber dringenden Handlungsbedarf ist nicht gegeben.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Der Wortlaut der Motion wir eingeblendet und wir können mit der Diskussion starten.

Zuerst darf die Erstunterzeichnerin der dringlichen, überparteilichen Motion ihre Begründung abgeben.

Stimmenzählerin Kathrin Balmer (SP): Mir sind zwei Dinge wichtig:

Das eine ist, ich unterstütze voll und ganz, wie der Departementsvorsteher Soziales gesagt hat, wir haben es wirklich versucht, so zu formulieren. Es geht nicht darum, dass die Gemeinde Ostermundigen neue Massnahmen aufbauen muss. Es geht primär darum, dass bestehende Massnahmen, egal ob sie beim Kanton sind oder bei privaten Gemeinschaften, die oft Gewalt unterstützen, bekannt gemacht werden. Dass die Gemeinde Ostermundigen alles Mögliche macht und Leute sensibilisiert, die in Kontakt mit möglichen potenziellen Opfern sind, und dass man sich nicht immer gegenseitig die Aufgaben zuschiebt: Der Bund delegiert an die Kantone. Die Kantone sagen, die Gemeinden seien zuständig und die Gemeinden sagen, sie seien nicht zuständig. Am Schluss passiert einfach nichts.

Fakt ist, in der Schweiz haben wir fünfmal mehr Tote in diesen Fällen als zum Beispiel in Spanien.

Weshalb? Weil wir einfach in Spanien seit ein paar Jahren systematisch auf allen Ebenen sofort interveniert sind, wenn es Anzeichen von häuslicher und sexueller Gewalt gibt. Dass wir es in der Schweiz nicht schaffen, ist ein Armutszeugnis! Wir werden es nicht als Gemeinde Ostermundigen lösen aber wir können unseren Bekämpfungsbeitrag leisten.

Der zweite Punkt, der extrem wichtig ist: Es kann jede treffen, es kann alle Frauen hier im Saal, es kann eure Töchter, es kann eure Schwestern, es kann alle treffen. Es ist kein Integrations-thema, das sagen alle Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser.

Was stimmt ist, dass wenn Schweizerinnen, die finanziell gut dastehen, die vielleicht eher eine Möglichkeit haben, sich Unterstützung zu holen. Aber Gewalt gegen Frauen kommt in allen Kulturen und in allen Schichten vor. Wir können nicht von einem "Ausländerproblem" sprechen.

Wir haben wirklich versucht, uns auf das zu konzentrieren, was mit kleinem Aufwand rasch umsetzbar ist. Ich finde auch nicht, dass die Gemeinde Ostermundigen Übersetzungen machen muss. Es gibt bereits viel Material in mehreren Sprachen, es gibt Flyer, es gibt Webseiten, es gibt Telefonnummern etc., diese müssen wir möglichst breit bekannt machen, dass

diejenigen Frauen, die Opfer von tätiger Gewalt sind, sicher Hilfe holen können. In der Schweiz einer der ersten Fälle - der landesweit bekannt war - eine Skirennfahrerin, die von ihrem Mann mit der Armeewaffe ermordet worden ist.

Franziska Brunner (SVP): Da bin ich nicht ganz einverstanden, denn die Statistik zeigt etwas ganz anderes auf. Ich arbeite in diesem Milieu und sehe dort, was mit Femiziden passiert.

Die Prozentzahl von ausländischen Männern, die andere Kulturen gegenüber unseren Frauen haben, ist kein Respekt! Das widerspiegelt sich dann in diesen Fällen wieder. Es ist primär ein Ausländerproblem. Ich bin nicht ausländerfeindlich, überhaupt nicht. Ich selbst habe lange im Ausland gelebt. Sie können lachen, oder auch nicht - ich spreche aus Erfahrung. Mein Beruf zeigt mir, dass es ein Ausländerproblem ist. Sie haben grösstenteils keinen Respekt gegenüber den Frauen. Sie geben den Lehrerinnen und Lehrern in der Schule keinen Handschlag. Ich bin ziemlich aufgebracht in Folge dieser Motion. Ich finde diese unnötig und überflüssig.

Myriam Zürcher (EVP): Aber wenn es ja genau diese Männer gibt, egal von wo sie herkommen - sie können nichts dafür, wir können nichts dafür, die Frauen können nichts dafür - dann müssen wir uns eben dafür einsetzen. Es ist wichtig, dass wir den Wert der Frau oder des Mannes wissen. Es gibt häusliche Gewalt auch gegen Männer. Es gibt die Präventionsmassnahmen. Warum muss man überhaupt das machen als Mann oder als Frau? Und da bin ich sehr froh, dass man hier etwas machen kann (im Informationsbereich).

Sarah Stalder (SP): Ich möchte nicht in die Kerbe von Ausländerinnen und Ausländern schlagen. Aber es gibt ein ganz neues Phänomen - das nennt sich Inzest. Das sind Männer, die von Frauen zurückgewiesen werden. Sie gruppieren sich im Internet und rufen zu Gewalt und Hass gegenüber Frauen. In diesen Gruppen ist es wirklich so und dass sind nicht primär Ausländer. Es gibt europäische und westeuropäische Männer, die das machen. Also das Problem auf Ausländer zu reduzieren, ist zu einfach.

Ratspräsidentin Daniela Feller (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 24 zu 4 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die dringliche, überparteiliche Motion betreffend Massnahmen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen wird begründet und erheblich erklärt.

62. Überparteiliche Motion betreffend das Reglement über die Mehrwertabgaben; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, bei der Überarbeitung des Reglements über die Mehrwertabgabe (MWAR) – die zu den Legislaturzielen gehört – folgende Vorgaben zu beachten und dem GGR einen entsprechenden Reglementsentwurf zu unterbreiten:

- ① Bei der Bemessung der Abgabe durchwegs den kant. Maximalsatz anzuwenden, d.h. 50 % des Mehrwerts statt 40 % wie heute, und ohne Möglichkeit, die Abgabe auf 30% des Mehrwerts zu senken;
- ① Konkrete Verwendungszwecke zu definieren, welche die Vorgaben des eidg. Raumplanungsgesetzes (Art. 5 Abs. 1ter RPG) einhalten. Er soll sich dabei am neuen Reglement der Stadt Burgdorf orientieren
- ① Die Überarbeitung muss bald geschehen, damit sie auf die kommenden grossen Überbauungen und O'mundo anwendbar ist.

Begründung

Angesichts der grossen Bedeutung der Mehrwertabgabe in Ostermundigen gibt es keinen Grund, nicht den kant. Maximalsatz anzuwenden und so auf Einnahmen zu verzichten.

Das eidg. Raumplanungsgesetz (*SR 700 - Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG)* | Fedlex) legt in Art. 5 Abs. 1ter fest, wie die Erträge aus Mehrwertabgabe (MWA) verwendet werden müssen. Sie müssen für Massnahmen der Raumplanung eingesetzt werden. Neben gesetzlichen Zwecken, die für Ostermundigen kaum relevant sind (wie Entschädigungen bei Enteignungen oder dem Erhalt von Fruchtfolgeflächen), geht es vor allem um die Schonung der Landschaft und um die Gestaltung der Siedlungen nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Begrenzung der Siedlungen.

In Ostermundigen verweist das MWAR zwar pauschal auf Art. 5 Abs. 1ter des RPG. Konkret werden die Erträge aber hauptsächlich für die Neutralisierung von Abschreibungen verwendet, darunter auch Abschreibungen von Mobilien, Schneepflügen, Werkhof, Verwaltungsgebäuden. Abschreibungen, also die Wertminderung von Vermögensgegenständen, sind per definitionem keine raumplanerischen Massnahmen. Faktisch werden diese Gelder also einfach zur Subventionierung des allg. Haushaltes eingesetzt. Genau das wollte aber eidg. Gesetzgeber nicht.

Die Stadt Burgdorf hat am 29. Januar 2024 Richtlinien zur Verwendung der Mehrwertabgabe erlassen, die vorbildlich sind. Sie legen fest, dass die Erträge aus der MWA insbesondere für folgende Zwecke eingesetzt werden können:

- ① Um den öffentlichen Raum zu gestalten und aufzuwerten, z.B. durch die Aufwertung und Schaffung von Freiflächen und Freiräumen.
- ① Um die Hitzeentwicklung im Siedlungsgebiet insb. durch Begrünungen zu mindern.

- ① Um den öffentlichen und den Langsamverkehr und andere Verkehrsträger im Zusammenhang mit nachhaltiger Mobilität zu fördern.
- ① Um Begegnungsmöglichkeiten und soziokulturelle Einrichtungen zu schaffen, z.B. Kinderbetreuungsangebote, Jugendtreffpunkte, Bibliotheken, Theater und Kino.
- ① Erarbeiten von Konzepten und Studien zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung.
- ① Um qualitätssichernde Planungsverfahren durchzuführen.

eingereicht GGR-Sitzung 4. September 2025

sig.: Colette Nova (SP), P. Buri, H. Falk, P. Stettler, K. Balmer, A. Tanner, J. Renner, Y. Dressler, B. Gimmel, M. Schneider, K. Ernst, M. Zürcher, , M. Mordasini, S. Stalder, G. Baumgartner

63. Motion glp-Fraktion betreffend «Aufnahme einer Personalplanung im Budgetprozess»; parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

Die Jahresrechnungen der Gemeinde Ostermundigen sind seit Jahren defizitär. Eine der wenigen Steuerungsmöglichkeiten auf der Kostenseite liegt beim Personalaufwand resp. beim Personalbestand der Gemeinde.

Wortlaut

Im zukünftigen Budgetprozess ist eine Personalplanung mit Anzahl FTE⁵ und Anzahl Stellenprozenten pro Abteilung im Jahresvergleich aufzunehmen. Die Daten sollen rückblickend die Entwicklungen pro Abteilung über die letzten 5 Jahre sowie eine Planung für die kommenden 3 Jahren aufzeigen.

Die GLP beantragt die Umsetzung bis spätestens auf die 2. Lesung im GGR vom 20. November 2025. In den darauffolgenden Jahren soll diese Personalplanung ein fixer Bestandteil des Budgetprozesses sein.

eingereicht GGR-Sitzung 4. September 2025

sig.: Oliver Tamas (GLP), Alexander Wahli (GLP), Alexander Schmied (GLP), Luca Alberucci (GLP), Leena Raass (GLP), Dorothea Züllig von Allmen (GLP)

⁵ Neudeutsch: Vollzeitstellen

Axioma #10911
10.3.72 Motionen

64. Motion Jorgo Ananiadis (Piraten) betreffend effiziente Budgetlesungen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Um die Budgetlesungen des Grossen Gemeinderats effizienter und konstruktiver zu gestalten, legt der Gemeinderat für die erste Lesung neben dem vorgeschlagenen Budget mindestens einen konkreten Vorschlag für ein ausgeglichenes oder positiv abschliessendes Budget vor.

eingereicht GGR-Sitzung 4. September 2025

sig. Jorgo Ananiadis (Piraten)

c) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

o = offen, e = erledigt, ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu-stän-dig	Kommentar	Status
5765	Verwaltungsbericht 2024	26.06.25	30.06.26	FS + alle	Die FDP.Die Liberalen-Fraktion beantragt, dass in den zukünftigen Verwaltungsberichten der Umfang von Drittleistungen im Rahmen der regulären und wiederkehrenden Verwaltungstätigkeit aufgezeigt wird.	o

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Daniela Feller

Der Ratssekretär:

Jürg Kumli

Die Stimmenzählerin:

Kathrin Balmer

Der Stimmenzähler:

Markus Truog